

Zeit Zeichen

NUMMER 3 | SEPTEMBER 2021 | Magazin der Kath. ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich | 66. Jahrgang | 5 Euro | Jahresabo 17€

RAUS AUS DER KRISE

Welche Weichenstellungen
braucht es?

Mit
Regionalteil:
Steiermark
und Wien

FOTO: PRIVAT



Neue Wege braucht das Land

Die Krisenbewältigung am Arbeitsmarkt verlangt vielfältige Strategien **Seite 6**

Mehr für Care

Ein „Weg aus der Krise“ **Seite 10**

Die soziale Frage heute – und wem sie zu stellen ist

Fragen und Perspektiven des Politikwissenschaftlers Helmut Gaisbauer **Seite 18**

EDITORIAL

ZUR PERSON

Elisabeth Ohnemus ist Germanistin, Theologin und diplomierte Sozialarbeiterin. Sie ist derzeit tätig als Pressereferentin der Katholischen Frauenbewegung Österreichs, als freie Journalistin und in der Erwachsenenbildung mit Schwerpunkt „politische Bildung“. **FOTO: P. SCHREIBER**



„Raus aus der Krise“ – das multiple Krisengeschehen unserer Zeit, das mit der Corona-Pandemie einmal mehr ans Licht gehoben wurde, betrifft alle wesentlichen Felder und Instrumentarien unseres Zusammenlebens: Gesundheitswesen, Arbeitswelt, Wirtschaft. Wie wollen wir Wirtschaft, wie Arbeit, wie das Gesundheitswesen organisieren, um dem Ziel eines „guten Lebens für alle“, weltweit, näher zu kommen? Was lehrt uns die Corona-Pandemie? Welche „Weichenstellungen“ sind notwendig, um eine nachhaltige Kursänderung zu bewerkstelligen, „raus aus der Krise/aus den Krisen“ zu finden?

„Es geht um´s Eingemachte“ mahnt KABÖ-Vorsitzende Anna Wall-Strasser in ihrem Kommentar (S. 3), in dem sie das Krisen-Szenario der Zeit aufspannt: Klimakrise, soziale Krise, wachsende Ungleichverteilung von Vermögen und Ressourcen infolge der Pandemie, Benachteiligung armer Weltregionen bei der Versorgung mit Impfstoff. KABÖ-Bundesseelsorger Karl Immervoll appelliert: „Wir dürfen nicht davonlaufen, auch nicht auf die Anweisungen von oben warten, wir müssen uns vielmehr vom Schicksal anderer berühren lassen und gemeinsam nach Wegen suchen, der Frage nachgehen, wie wir zusammen leben können – alle, auf dieser Erde!“ (S. 8).

*Wie das im Ansatz aussehen kann, zeigen mehrere Initiativen in Österreich: „Arbeitslosengeld rauf!“ fordert Norbert Bauer, Mitgründer einer Gruppe Engagierter, die ein Volksbegehren mit diesem Ansinnen auf den Weg bringen wollen (S. 4). Bauer treibt das Schicksal von Niedriglöhner*innen, für die er sich als Betriebsratsvorsitzender eines Wiener Tourismusbetriebs seit Jahren einsetzt, die Pandemie hat nun den Ausschlag dazu gegeben, einen weiteren Schritt zu tun, die KABÖ unterstützt die Volksbegehrensinitiative.*

Wind unter den Flügeln hat die Pandemie der Linzer Arbeitsloseninitiative „B7“ verschafft – Geschäftsführer Helmut Bayer nennt ein ganzes Bündel von Maßnahmen zur Bewältigung der Krise am Arbeitsmarkt – allem voran die einer gerechten Verteilung von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung -, ein Programm, das die Initiative in der öffentlichen Debatte schon lange verfolgt. Der sozialökonomische Betrieb „B7 Fahrradzentrum“ hat übrigens geboomt in der Pandemie...

„Mehr für Care“ fordert ein Bündnis von Frauenorganisatio-

nen, darunter die Katholische Frauenbewegung Österreichs, der Österreichische Frauenring, Gewerkschaftsfrauen u.a., um der Krise im Pflege- und in anderen Care-Bereichen entgegenzutreten (S. 10). Woher „mehr Geld“ für eine (geschlechter) gerechte Neuordnung des Care-Sektors herkommen soll, legt die Initiative in ihrem Konzept eines „feministischen Konjunkturpakets“ dar, für das sie eine Petition gestartet hat. Die KABÖ ist mit unterwegs und hat sich in einigen Diözesen an öffentlichen Aktionen von „Mehr für Care“ beteiligt. Auch anlässlich des Tags der menschenwürdigen Arbeit am 7. Oktober, gibt es Kooperationen. Für die feministische Ökonomin Katharina Mader, ständige Kommentatorin von ZeitZeichen in diesem Jahr, ist mit der Initiative „Mehr für Care“ der Versuch gelungen, den fruchtlosen Männer-zentrierten und -dominierten Antworten auf Wirtschafts- und Finanzkrise eine Alternative entgegenzusetzen (S. 9). Die von „Mehr für Care“ vorgeschlagenen Investitionen „verbessern vorrangig das Angebot an öffentlichen Leistungen, können zum Wohlergehen für alle Menschen beitragen und wirken der Verschlechterung der individuellen und kollektiven Fähigkeiten im Zuge von Wirtschaftskrisen entgegen“, so Mader.

Die KAB Steiermark widmet ihren inhaltlichen Schwerpunkt 2021 folgerichtig dem Thema „Pflege in Würde“, setzt sich in einer Reihe von Veranstaltungen kritisch mit den Arbeitsbedingungen in pflegenden Berufen auseinander und engagiert sich für eine „Pflegerreform“ (S. 12). Damit leistet sie auch einen Debatten-Beitrag anlässlich des gegenwärtigen „Aktionsjahrs 130 Jahre Katholische Soziallehre“. Weitere Beiträge dazu liefern in dieser Ausgabe von ZeitZeichen der Politikwissenschaftler Helmut Gaisbauer unter dem Titel „Die soziale Frage heute – und wem sie zu stellen ist“ (S. 18) sowie Karl Immervoll mit seinen Überlegungen zur „politischen Dimension der Katholischen Soziallehre“ (S. 20).

Alt-Bischof Maximilian Aichern formuliert in seiner Rede anlässlich des Gedenkens an den verstorbenen steirischen Bischof Weber und des diesjährigen 70-Jahr-Jubiläums der KABÖ den Sukkus aller Bemühungen um Krisenbewältigung, Wandel hin zu Gerechtigkeit und gutem Leben für alle: „Es geht doch immer um die Menschenwürde“ (S. 16). Dem ist nichts hinzuzufügen.

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Anna Wall-Strasser, Theologin, Betriebsseelsorgerin, langjährig tätig im Bereich mensch&arbeit der Diözese Linz, ist Vorsitzende der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich. **FOTO:** JAKOB LEHNER



Es geht um's Eingemachte

Als junge Frau hat mich die griechisch-mythologische Figur der Cassandra sehr in den Bann gezogen. Sowohl das Buch von Christa Wolf als auch ein Bühnenmonolog im Landestheater Linz sind mir stark in Erinnerung. Cassandra hatte die Fähigkeit, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft miteinander in Verbindung zu bringen und damit Zusammenhänge zu sehen und zu formulieren. Mit ihren Warnungen wurde sie als Verrückte, als Spinnerin abgetan. Sie sagte den Untergang Trojas voraus, auch den eigenen Tod, und keiner wollte ihr glauben.

*Den biblischen Prophet*innen ging es ähnlich. Im Unterschied zu Cassandra redeten sie jedoch leidenschaftlich gegen die Ohnmacht an, nahmen immer wieder die nötige und mögliche Veränderung in den Blick und stritten heftig mit den Herrschenden. Sie drohten ihnen Vernichtung an, wenn sie ihre Verantwortung für ihr Land und die Menschen nicht wahrnehmen. Dem Volk in Not und Resignation riefen sie immer wieder die Verheißung einer gerechten Gesellschaft in Erinnerung. Gehört oder gar geschätzt wurden sie deswegen jedoch auch nicht. Im Gegenteil – vielen von ihnen wurde der Tod angedroht und sie mussten fliehen.*

*Beide, die griechische Cassandra und die biblischen Prophetengestalten bringe ich mit den heute anstehenden Fragen in Verbindung: Der Weltklimarat warnt in seinem aktuellen Bericht dringlich vor den lebensbedrohenden Folgen der Klimakrise. Die Fakten liegen auf dem Tisch: wenn wir die CO₂ – Werte weltweit nicht drastisch senken, wird sich die Erde in absehbarer Zeit um zwei Grad erwärmen – mit lebensbedrohlichen Folgen. Nichtsdestotrotz gelten Menschen, die radikale Veränderungen einfordern, als Spinner und werden mit der Steinzeit in Verbindung gebracht. Man hat den Eindruck, jeder Millimeter Veränderung muss den Politiker*innen – und den dahinterstehenden Wirtschaftsinteressen – abgerungen werden.*

*Nicht viel anders verhält es sich mit der sozialen Frage. Die Corona-Krise hat einige Gewinner*innen und viele Verlierer*innen zur Folge. Die großen Weltkonzerne wurden massiv*

*gestärkt. Auf der anderen Seite machen der steigende Druck auf arbeitslose Menschen, die schleppende Auszahlung von Unterstützungen für Familien, für Pflegekräfte oder kleine Betriebe klar, wie schnell die ‚Unteren‘ zur Begleichung der Krisenkosten herangezogen werden. Und global gesehen werden die ärmeren Länder in Bezug auf Impfstoffe und Pandemieprävention völlig allein gelassen. Dabei muss man kein*e Prophet*in sein, um zu sehen, wie fatal sich wachsende Ungleichheit auswirkt. Gerechtigkeit ist der Schlüssel zum Frieden, wachsende Ungleichheit spaltet und bedroht die Demokratie.*

In diesem Heft geht es um die nötigen Weichenstellungen, gerade jetzt, wo wir gesehen haben, dass ‚alles geht‘, wenn wir es nur wollen. „Leben und Tod lege ich dir vor, Segen und Fluch. Wähle also das Leben, damit du lebst, du und deine Nachkommen“ heißt es bei Moses im ersten Testament (Dtn 30,19.) Es geht tatsächlich ums Eingemachte, für uns, unsere Kinder, für die gesamte Erde.

• Die KAB Österreich gibt es seit 70 Jahren. Corona bedingt wurde nicht groß gefeiert. Dank und Würdigung an alle, die an der Bewegung mitgebaut haben, gibt es dennoch, ausdrücklich formuliert von Bischof Maximilian Aichern, bei einem kleinen Fest in Graz (s. S. 16 – 17 in diesem Heft). Das Jubiläum ist uns Auftrag für ein zukunftsfähiges Weitergehen.

• Dankbar denken wir an die im Juni verstorbene Brigitte Helm, die das ZeitZeichen zuletzt durch ihr Korrekturlesen unterstützt hat und vielen in der KAB verbunden war. Unsere Verbundenheit bleibt, über den Tod hinaus.



FOTO: PRIVAT

Arbeitslosengeld rauf!

Ein Betriebsratsvorsitzender aus dem Gastronomiegewerbe steht auf

Als einer der Motoren der Initiative „Arbeitslosengeld rauf!“, die ihre Forderung mit einem Volksbegehren durchsetzen möchte, hat **NORBERT BAUER**, Betriebsratsvorsitzender in einem Wiener Stadthotel, reiche Erfahrung damit, was es heißt, mit einem niedrigen Lohn auskommen zu müssen bzw. in die Armut abzurutschen, wenn das geringe Einkommen im Falle der Arbeitslosigkeit noch einmal nahezu halbiert wird. VON: **ELISABETH OHNEMUS**

Für Norbert Bauer, seit 2008 Betriebsratsvorsitzender in einem Hotel der Luxusklasse in der Wiener Innenstadt und seit 2014 Verhandlungsleiter seitens der GPA (Gewerkschaft der Privatangestellten) für den Kollektivvertrag im Hotel- und Gastgewerbe, gibt es keinen anderen Weg: „Wir brauchen eine Erhöhung der Nettoersatzrate von derzeit 55 % auf 70 %, um Armut infolge von Arbeitslosigkeit zu verhindern“. Gemeinsam mit anderen Aktivist*innen hat Bauer die Initiative „Arbeitslosengeld rauf!“ gegründet, die am 1. Juni bei einer Pressekonferenz ihre Forderungen vorgetragen und dazu aufgerufen hat,

Unterschriften zu leisten für die Einleitung eines Volksbegehrens.

„In unserem Gewerbe wird kaum über den Kollektivvertrag hinaus gezahlt, und der liegt bei 1575,- Euro brutto für Vollzeit. Man kann sich vorstellen, was übrig bleibt, wenn man 55 % von dieser Summe Arbeitslosengeld bezieht, und das nur 12 mal im Jahr – definitiv zu wenig, um leben zu können“. Besonders hart treffe es Frauen, die oft nur in Teilzeit beschäftigt seien. Da würden Menschen „direkt in die Armut hineingestoßen“. Insgesamt sind derzeit österreichweit rund 230.000 Personen in der Gastronomie- und Tourismusbranche tätig. Sie, aber auch andere Nied-

riglöhner*innen hat Bauer im Blick: „Mit unserer Forderung treten wir für Menschen in den untersten Einkommenskategorien ein – es geht darum, sie vor Armut zu schützen.“

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie haben etliche Beschäftigte in Gastronomie und Tourismus leidvoll erfahren, was es heißt, arbeitslos zu werden. Bereits die Kurzarbeit wirke sich bei Menschen mit niedrigen Einkommen massiv aus: „Schon zehn Prozent weniger Lohn bedeutet eine empfindliche Einbuße, wenn es auf jeden Euro ankommt“, so Bauer. Seitens des ÖGB fordere man daher einen Mindestlohn in der Höhe von 1700,- brutto für alle.



Die KABÖ war am 1. Juni 2021 bei der Pressekonferenz der Initiative „Arbeitslosengeld rauf!“ mit am Podium vertreten. KABÖ-Generalsekretärin Gabi Kienesberger (Bildmitte) hob dabei die Grundprinzipien der Katholischen Soziallehre hervor, u.a. Personalität und Solidarität. Es gehe um ein gutes Leben für alle, und das gehe sich für viele mit dem derzeitigen Arbeitslosengeld unmöglich aus. Davon betroffen seien nicht nur die Arbeitslosen selbst, sondern auch deren Familienangehörige, darunter unzählige Kinder, so Kienesberger. KABÖ-Vorsitzende Anna Wall-Strasser: "Jeder Mensch hat das Recht auf angemessene existenzielle Absicherung. Arbeitslosigkeit darf nicht arm machen - das widerspricht der Menschenwürde und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie".

FOTO: INITIATIVE „ARBEITSLÖSUNGSGELD RAUF!“



Norbert Bauer: „Mit unserer Forderung treten wir für Menschen in den untersten Einkommenskategorien ein – es geht darum, sie vor Armut zu schützen.“

FOTO: PRIVAT

Nach dem Lockdown habe sich ab Juni die Lage am Arbeitsmarkt zwar entspannt, das betreffe aber in Gastronomie und Hotellerie in erster Linie die Betriebe im ländlichen Raum. In der Stadt sei die Situation nach wie vor bedrängend. Vor allem fehle das Geschäft mit Gästen aus dem Ausland. Um ihren Job zu behalten, hätten Kolleg*in-

nen sogar auf Urlaubsgeld verzichtet: „Hauptsache, man behält den Job – ich könnte Ihnen da einiges aus meinen Chats vorlesen... Wenn man sich allein die Mietkosten in Wien anschaut, kann man sich vorstellen, wie bedrohlich ein Jobverlust ist“.

Norbert Bauer hat sich dafür entschieden, zu kämpfen. Er hat in seinen Jah-

ren als Betriebsratsvorsitzender bereits einiges an Verbesserungen für seine Kolleg*innen erreicht, jetzt geht es darum, Stimmen für das Volksbegehren „Arbeitslosengeld rauf“ zu sammeln – bisher durchaus erfolgreich...

INFOS ZUM VOLKSBEGEHREN
www.arbeitslosengeld-rauf.at

Zuverdienst für Arbeitslose unverzichtbar

KABÖ warnt vor Streichung und fordert eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes

In einer Presseaussendung vom 1. September sprechen sich die Vorsitzende der KABÖ, ANNA WALL-STRASSER, und Bundesseelsorger KARL IMMERVOLL gegen eine seitens des AMS ins Spiel gebrachte Streichung der geringfügigen Zuverdienstmöglichkeit von Arbeitslosen aus. Der Zuverdienst sei für viele Arbeitslose existenzsichernd, ein Sparen nicht mehr möglich, der Weg in Armut, Verschuldung und verstärkte Isolation im Falle einer Streichung vorgezeichnet.

„Wer arbeitslosen Menschen einen geringfügigen Zuverdienst verbieten will, weiß nicht, wovon er redet – oder will es nicht wissen“, so die Vorsitzende der KAB Österreich, Anna Wall-Strasser. Alle Studien zeigen, dass das Arbeitslosengeld für mehr als die Hälfte der Betroffenen kein Startkapital für einen Weg aus der Armutsfalle ist. Mit der Nettoersatzrate von 55% ist es nicht existenzsichernd, noch dazu, wenn bereits vorher der Lohn nur knapp zum Leben reichte. Das betrifft vor allem Frauen in den typischen Niedriglohnbereichen wie Handel, Reinigung und Pflege. Da ist kein Sparen mehr möglich, der Weg in die Armut oder Verschuldung ist vorgezeichnet – eine schwere Hypothek für die Zukunft, sowohl für die einzelnen Betroffenen, als auch für die Gesellschaft.

Ein Zuverdienst ist für viele arbeitslose Menschen jedoch nicht nur existenzsichernd, er bewahrt Menschen auch vor Isolation. „Sie bleiben durch diese Arbeit weiterhin in sozialen Beziehungen, das stärkt und gibt oft die Möglichkeit, eine neue Arbeitsstelle zu finden“, ergänzt Bundesseelsorger



Ein Zuverdienst ist für viele arbeitslose Menschen nicht nur existenzsichernd, er bewahrt Menschen auch vor Isolation **FOTO: PIXABAY**

Karl Immervoll, der als ehemaliger Betriebsseelsorger im Waldviertel dazu mit konkreten Beispielen aufwarten kann. „Manche haben Ideen und wollen etwas ausprobieren, sich vielleicht selbständig machen. Diese Eigeninitiativen, die ja sonst immer gefordert werden, werden durch ein Verbot krass verhindert,“ erklärt Immervoll die Situation vieler Betroffener.

Für die KABÖ ist klar: Eine Maßnahme, die Zuverdienst völlig verbietet, ver-

stärkt vor allem den Druck auf Arbeitsuchende, eine Arbeitsstelle um jeden Preis und auch oft zu schlechten Bedingungen annehmen zu müssen. Gute Arbeit sieht anders aus!

Es braucht dringend eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf zumindest 70% des Nettolohnes, sowie generell eine Anhebung der Niedriglöhne. Das ist nämlich das dringliche Problem hinter der ganzen Debatte um Verschärfungen für arbeitslose Menschen.

Neue Wege braucht das Land

Die Krisenbewältigung am Arbeitsmarkt verlangt vielfältige Strategien

Die Corona-Pandemie hat bereits lange bestehende Probleme in Gesellschaft und Arbeitswelt verschärft, Bruch- sowie Entwicklungslinien sichtbar gemacht. Einen besonderen Blick darauf hat aufgrund seiner praktischen Erfahrung der Geschäftsführer der seit mehr als 40 Jahren bestehenden Linzer Arbeitsloseninitiative „B7 Arbeit und Leben“, **HELMUT BAYER**. Im Folgenden skizziert er seine Beobachtungen und Analysen einer sich wandelnden Arbeitswelt, die durch die Pandemie zusätzlich herausgefordert wird, sowie Möglichkeiten, der Krise entgegenzutreten.

Arbeitszeit ist Lebenszeit, eine gerechte Verteilung der Arbeit und eine ausgewogene Verteilung der Arbeitszeit sind für Lebensqualität und Teilhabechancen essentiell. Viele Arbeitnehmer*innen wollen das Ausmaß ihrer Arbeitszeit verändern. Knapp ein Viertel der Vollzeitbeschäftigten möchte Stunden reduzieren. Wer in der Regel mehr als 40 Stunden pro Woche arbeitet, wünscht sich zu mehr als der Hälfte eine Arbeitszeitverkürzung. Bei den Teilzeitbeschäftigten hingegen möchte ein Fünftel die Arbeitszeit ausweiten. Im EU-Vergleich zeigt sich, dass in Österreich Vollzeitbeschäftigte am drittlängsten arbeiten. Im Jahr 2018 sind laut Statistik Austria 255,5 Millionen Überstunden und Mehrarbeitsstunden bei Teilzeit geleistet worden (vgl. WISO Nr. 2/19, S. 84 ff).

Arbeitswelt neu denken: Entgrenzung der Arbeit durch Digitalisierung und homeoffice

Corona hat den Wandel der Arbeitswelt beschleunigt: Für viele ist der Job nicht mehr das Leben, vor allem nicht der Job im Büro. Die Unternehmensberater*innen von EY (https://www.ey.com/de_at) haben kürzlich erhoben, dass weltweit die Hälfte der ursprünglichen Bürogeher*innen den Job an den Nagel hängen will, sollte es keine Möglichkeit zum Arbeiten von zu Hause aus geben – Jüngere noch viel häufiger als Ältere. (Der Standard, 5.8.2021, S. 28) Entgrenzung ist für viele Berufsgruppen zur Normalität geworden, und viele Arbeitnehmer*innen schätzen

die Gestaltungsspielräume. Zu beachten sind jedoch Belange der Ergonomie und der Arbeitsumgebung, psychische Belastungen, zum Beispiel Isolation durch fehlenden Kontakt zu Kolleg*innen, Verwischung der Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben sowie die im homeoffice oft beobachtete Arbeitsintensivierung.

besserung der Work-Life-Balance beitragen (vgl. WISO Nr. 3/20, S. 47 ff).

Langzeitbeschäftigungslosigkeit und Armut verhindern

Die Corona-Pandemie hat die größte Krise am Arbeitsmarkt in der Geschichte der Zweiten Republik ausgelöst. Mehr als ein Drittel der



Was Corona B7 brachte: einen Digitalisierungsschub in der Beratung und Auftrieb im „B7 Fahrradzentrum“ **FOTO: KNEIDINGER-PHOTOGRAPHY**

Dazu wird empfohlen, die Aktivitäten im privaten und beruflichen Bereich bewusst zu planen, Zeit- und Prioritätenmanagement zu betreiben und bewusst abzuschalten. Die Zeit der Erreichbarkeit soll genau reguliert werden und in Absprache mit Vorgesetzten und Kolleg*innen vereinbart werden. Klare Kompetenzverteilung, regelmäßiger Austausch und transparente Information, aber auch technische Lösungen zur Regulierung des email-Aufkommens in der Freizeit können auf institutioneller Ebene zur Ver-

Arbeitslosen sind bereits langzeitbeschäftigungslos, angesichts der anhaltenden Krise droht eine Verfestigung der Langzeitbeschäftigungslosigkeit. (vgl. arbeit plus – Soziale Unternehmen Österreich, Themenpapier Langzeitbeschäftigungslosigkeit, April 2021). Langzeitbeschäftigungslosigkeit betrifft in einem hohen Ausmaß ältere Menschen. Wenn sie gekündigt werden, finden sie kaum oder nur mehr schwer einen Arbeitsplatz. Aber wir dürfen auch nicht auf die jungen Leute vergessen, denn junge Menschen sind

eher in ungeschützten Branchen mit hohem Arbeitslosigkeitsrisiko tätig. Und viele Studien zeigen: Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto größer ist die Gefahr, unter die Armutsschwelle zu fallen. Daher unterstützen wir von „B7 Arbeit und Leben“ die Forderung, die Arbeitslosen- und Notstandsunterstützung dauerhaft auf 70 Prozent zu erhöhen.

Arbeitsbedingungen altersgerecht gestalten, Arbeitszeit verkürzen

Zu den Verlierern der Corona-Krise zählen besonders Frauen: Die Arbeitslosigkeit der Frauen ist deutlich stärker gestiegen als die der Männer, es ist für sie auch bedeutend schwieriger, wieder am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Und die Folgen werden länger spürbar sein: Immer mehr Frauen wechseln nicht mehr aus ihrem Job in die Pension, weil sie ihn entweder davor verloren haben oder aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr bewältigen können. Eine aktuelle Studie von WIFO und Forba bestätigt, dass nur mehr jede Zweite direkt aus der aktiven Beschäftigung in die Alterspension wechselt.

Die Anhebung des Frauenpensionsalters wird die Situation verschärfen, wenn es nicht gelingt, die Arbeitsbedingungen altersgerecht zu gestalten und innovative Formen von Arbeitszeitverkürzungen einzuführen (wie eine sechste Urlaubswoche, einen Anspruch auf 4-Tage-Woche, Freizeitoption in Kollektivverträgen), um bezahlte und unbezahlte Arbeit gerechter zu verteilen.



Beratung, Qualifikationsoffensive, Beschäftigungsförderung in den Betrieben

Aus fast vierzig Jahren Erfahrung im Verein „B7 Arbeit und Leben“ wissen wir, was die Dauer von Arbeitslosigkeit wirklich reduziert: Gute Beratung und Unterstützung von Arbeitssuchenden während der Vermittlung. Um nachhaltig erfolgreich zu sein und den Umbau des Wirtschaftssystems zu bewältigen, brauchen wir aber auch in den nächsten Jahren eine Qualifikationsoffensive und Beschäftigungsförderung in Betrieben, in öffentlichen und gemeinnützigen Unternehmen.

Auswirkungen von Corona auf die Arbeitsloseninitiative „B7 Arbeit und Leben“

In unserem sozialökonomischen Betrieb „B7 Fahrradzentrum“ erlebten wir nach dem allgemeinen Lockdown eine echte Überraschung: Reparaturaufträge und ein Kaufinteresse in neuen Dimensionen. Ungeachtet der damit einhergehenden Lieferengpässe überwiegt die Begeisterung, dass Fahrräder und unsere Arbeit so geschätzt werden.

Aus den Beratungsangeboten von B7 wissen wir, dass die Corona-Krise bei vielen unserer Kund*innen massive Zukunftsängste ausgelöst hat. Was die digitale Kompetenz betrifft, sind rund 60-70 % versiert genug, um die B7-Beratung online in Anspruch zu nehmen. Für ein Drittel der Kund*innen war und ist eine Online-Beratung hingegen keine Option. Sie wurden und werden persönlich bzw. im Telefongespräch betreut.



Helmut Bayer: „In unserem sozialökonomischen Betrieb ‚B7 Fahrradzentrum‘ erlebten wir nach dem allgemeinen Lockdown eine echte Überraschung: Reparaturaufträge und ein Kaufinteresse in neuen Dimensionen.“

FOTO: KNEIDINGER-PHOTOGRAPHY



FOTO: B7

Arbeit gerecht verteilen via Arbeitszeitverkürzung, qualitative Beratung, betriebliche Beschäftigungsförderung, Qualifikationsoffensiven, Schaffung von altersgerechten Arbeitsbedingungen, Erhöhung des Arbeitslosengeldes: Helmut Bayer nennt vielfältige Ansätze, der Krise am Arbeitsmarkt zu begegnen

MEHR INFOS

zu „B7 Arbeit und Leben“ unter www.arbeit-b7.at

Die Nutzung digitaler Medien gehört für uns nun zum Beratungsalltag. Mit der Produktion von Podcasts – sprich ein Radioformat fürs Internet - können wir Wissen, Erfahrungen sowie Methoden und Übungen vielen Menschen zur Verfügung stellen, damit sie wieder Mut, Zuversicht und Vertrauen fassen. Zu finden sind sie auf den gängigen Plattformen Spotify und soundcloud oder auf unserer homepage www.arbeit-b7.at/news.

Und mit Jänner 2022 freuen wir uns, in unserem Betrieb einen Schritt zur gerechteren Verteilung der Arbeitszeit machen zu können: Eine Lohnerhöhung durch Arbeitszeitverkürzung auf 37 Wochenstunden im Gesundheits- und Sozialbereich. Damit kann die Arbeit auf mehr Personen verteilt werden. Gleichzeitig bedeutet das eine Verbesserung der Verdienstmöglichkeiten für Teilzeitbeschäftigte und für die Transitmitarbeiter*innen im „B7 Fahrradzentrum“.

KOMMENTAR



ZUR PERSON

Karl Immervoll ist Theologe, Schuhmacher und Musiker, war 1983 – 2020 Pastoralassistent für Betriebsseelsorge im oberen Waldviertel und viele Jahre tätig als Unterrichtender an der Lehranstalt für Pastorale Berufe und beim Musikschulverband Heidenreichstein mit Schwerpunkt „Musizieren im Sozialen Raum“. Er leitet den Lehrgang HIN-GEHEN für Seelsorge und christliches Engagement in der Arbeitswelt und ist seit März 2021 Bundesseelsorger der KABÖ. **FOTO:** ERHARD HOIS

Das Märchen von dem einen Boot

Das Virus bedroht uns alle. Wir sitzen doch alle in einem Boot! Von wegen! Johanna verlor ihren Arbeitsplatz, Konrad ebenso und in Folge dann auch seine Wohnung. Michael war lange in Kurzarbeit und in Sorge, ob sein Betrieb die Zeit überlebt. Gertie ist seit März des vorigen Jahres in Homeoffice, alleinerziehend mit 3 Kindern. Zunächst war das Wohnzimmer ihr Arbeitsplatz. Mittlerweile hat sie sich eine Ecke eingerichtet, denn die Konzernleitung hat umgestellt und ihren Platz in der Firma eingespart. Viele Beschäftigte mussten arbeiten ohne großartige Schutzvorschriften. Dann sind da noch die Menschen in Pflegeheimen und Spitälern, die oft bis zur Erschöpfung arbeiteten, die Frauen in den Lebensmittelmärkten. Inge, eine Kassiererin, erkrankte an Corona, infizierte ihre ganze Familie, drei Wochen später starb ihr Mann auf der Intensivstation des Krankenhauses. Und wie ist es in Indien, in Lateinamerika, in Afghanistan, im Libanon, ...?!

Nein, wir sitzen nicht alle in einem Boot. Es gibt jene in der Luxusyacht und andere in überfüllten Schlauchbooten. Wieder andere erreichen nicht einmal diese. Viren kommen prinzipiell überall hin, doch wirken sie unterschiedlich: Bereits vorhandene Ungleichheiten werden verschärft. Dazu kommt die Klimaveränderung. Mittlerweile nehmen wir alle wahr: Auch das Wetter spielt verrückt!

Aus einer Krise geht man nicht genauso hervor, wie man früher war, sagt Papst Franziskus am 2. September 2020 bei einer Generalaudienz. Die Pandemie ist eine Krise. Aus einer Krise geht man entweder besser oder schlechter hervor. Wir müssen wählen. Und die Solidarität ist ein Weg um besser aus der Krise herauszukommen – nicht mit oberflächlichen Veränderungen, mit einem Anstrich und alles ist in Ordnung. Nein. Besser!

In der hebräischen Bibel gibt es die Geschichte von Jona, den Gott nach Ninive schickt, weil „ihre Schlechtigkeit zu mir heraufgedrungen ist“. Jona fragt sich, warum ich? Am Ende ist Gott dann wieder der Barmherzige, und ich stehe als der Blöde da! In seinem Egoismus will er sich ins Boot setzen und fliehen. Aber wir wissen – die Geschichte geht anders weiter: Ein Sturm, Jona wird ins Meer geworfen, der große Fisch, der ihn schluckt und wieder ausspuckt – und Jona geht schließlich doch nach Ninive und ruft: „Noch 40 Tage ...“. Und wirklich, die Leute dachten nach, riefen ein Fasten aus, kehrten um. Sie warteten nicht auf die Anordnung des Königs, auf das Handeln der großen Politik. Nein! Die Veränderung begann von unten, sodass es wie ein Hohn wirkt, als der königliche Befehl endlich kommt, alle mögen befolgen, was sie ohnehin schon längst tun! Wir dürfen nicht davonlaufen, auch nicht auf die Anweisungen von oben warten, wir müssen uns vielmehr vom Schicksal anderer berühren lassen und gemeinsam nach Wegen suchen, der Frage nachgehen, wie wir zusammen leben können – alle, auf dieser Erde! Franziskus stellt zum Abschluss seiner Audienz die Frage: Denke ich darüber nach, was andere brauchen? Jeder möge in seinem Herzen antworten.

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Katharina Mader ist Ökonomin und seit 2021 in der Abteilung Frauen und Familie der Arbeiterkammer Wien tätig. Zuvor war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Heterodoxe Ökonomie der WU Wien und Elisabeth-List-Senior Fellow an der Universität Graz. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Feministische Ökonomie, Care-Ökonomie und unbezahlte Arbeit sowie Gender Budgeting und geschlechtergerechte Wirtschaftspolitik.

FOTO: PAMELA RUSSMANN



Feministisches „Wiederaufbauprogramm“ für eine geschlechtergerechte Gesellschaft „nach“ Corona!?

Frauen sind größtenteils abwesend in der Ökonomie, nicht nur als Forscherinnen, sondern auch als Subjekte der ökonomischen Forschung, diagnostizierten Marianne Ferber und Julie Nelson schon vor 27 Jahren und beschrieben so die Welt des »economic man«.

Die Vergangenheit und globale Erfahrungen zeigen außerdem, dass Wirtschaftskrisen individuelle Fähigkeiten und individuelle Wahlfreiheiten verschlechtern, der Verlust eines Arbeitsplatzes, sinkendes bis kein Einkommen, auch wenn dies nur vorübergehend passiert, können langfristige Konsequenzen für das Wohlergehen der Menschen haben. Die letzte Finanz- und Wirtschaftskrise hat uns gezeigt, dass die Krisendiagnosen und das Krisenmanagement mit Sparprogrammen und Kürzungen öffentlicher Ausgaben im Bereich Gesundheit, Bildung ähnliche Wirkungen haben und des Weiteren langfristig die kollektiven Fähigkeiten verschlechtern. Als nur ein Beispiel sei hier die große Betroffenheit Italiens und Spaniens von der globalen Pandemie erwähnt: Der gesundheitlichen Krise konnte mit dem Gesundheitssystem, das als Antwort auf die letzte Krise privatisiert und zugrundegespargt wurde, nicht begegnet werden.

Zurück zur Unsichtbarkeit von Frauen, hier hat uns die letzte große Krise gezeigt, dass sie Geschlechterungleichheiten vor allem fortgeschrieben und verfestigt hat. Sie war realpolitisch eine geeignete Entschuldigung, um Gleichstellung der Geschlechter hintanzustellen und sich Machtfragen nicht zu stellen. Und Frauen blieben abwesend – als Entscheidungsträgerinnen und ihre Erfahrungen als Betroffene.

Auch die aktuellen Krisenantworten sind im Wesentlichen Politiken von Männern für Männer, die Geschlechterverhältnisse werden weitgehend ignoriert. Insofern finden sich keine offiziellen Analysen zu den geschlechterspezifischen Auswirkungen des Krisenmanagements – wiewohl sich Österreich eigentlich per Verfassung zum so genannten »Gender Budgeting« verpflichtet hat: Alle politischen Maßnahmen, die budgetrelevant

sind, sollten nach ihren geschlechtsspezifischen Wirkungen analysiert werden. Denn: »Bund, Länder und Gemeinden haben bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben« (Artikel 13 Abs. 3 Bundesverfassung).

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise wurden alle wichtigen feministischen Forderungen nach Umverteilung, Anerkennung (von unbezahlter Arbeit, von Diskriminierung etc.) und Repräsentation von Frauen und Frauen-Anliegen ignoriert. Damit dies in der aktuellen Krise nicht wieder passiert, schlagen feministische Organisationen und Zusammenschlüsse – wie die Initiative »Mehr für Care« – Zukunfts- & Bildungspakete, Pflegepakete und ein Solidaritätspaket vor. Denn Investitionen, in die so genannten Care Bereiche wie Kinderbetreuung, Bildung, Pflege und Gesundheit folgen nicht nur moralisch-ethischen Ansprüchen, sondern schaffen laut Studien z.B. der OECD doppelt so viele Arbeitsplätze wie Investitionen in »Beton« (also die »klassischen« Investitionen in Bauvorhaben). Und aufgrund des hohen Anteils von Löhnen und Gehältern bei solchen Investitionen kommt es zu positiven volkswirtschaftlichen Nachfrage-Effekten und hohen Rückflüssen durch Steuern und Sozialabgaben, die dann ins öffentliche Budget fließen. Diese Investitionen verbessern vorrangig das Angebot an öffentlichen Leistungen, können zum Wohlergehen für alle Menschen beitragen und wirken der Verschlechterung der individuellen und kollektiven Fähigkeiten im Zuge von Wirtschaftskrisen entgegen.

Abgesehen davon sollte sich die Wissenschaft einmal mehr die Frage nach der weiteren Entwicklung der Ökonomie als wissenschaftliche Disziplin stellen und ob die Krise den Fall der Mainstream-Ökonomie bringt und ein neues Paradigma einleiten kann. Damit diese Krise und die Antworten auf ebendiese nicht wieder nur dazu beitragen die Dinge beim Alten zu belassen.

Mehr für Care

Ein „Weg aus der Krise“

Die Corona-Pandemie hat offen gelegt, wer unser „System“ am Laufen hält: es sind Frauen, die betreuen, pflegen, erziehen, reinigen, an der Kasse im Supermarkt sitzen. Man hat sie beklatscht – und weiter in ihrer Situation belassen: unterbezahlt, gar nicht bezahlt, benachteiligt als Alleinerziehende, als mehrfach Belastete zwischen Erwerbs- und privater Sorgearbeit. Die Initiative „Mehr für Care“, ein Verbund unterschiedlicher Frauenorganisationen (u.a. Österreichischer Frauenring, Katholische Frauenbewegung Österreichs, Gewerkschaftsfrauen), steht dagegen auf: sie fordert einen Wandel, fordert „Mehr für Care“ – mehr Geld, mehr Zeit für die Bewältigung gesellschaftlich notwendiger Sorgearbeit, eine geschlechtergerechte Verteilung von privater Carearbeit und Erwerbsarbeit. Der Schlüssel dazu: ein „feministisches Konjunkturpaket“, eine Wirtschaft und ein Steuersystem, die „ein gutes Leben aller“ sicherstellen. Seit Mai diesen Jahres trommelt die Initiative ihre Forderungen, ist sie laut geworden mit Aktionstagen in ganz Österreich. Die Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreichs ist zugestiegen und unterstützt die Initiative. Das große „going public“ von „Mehr für Care“ gab es am 29. Mai 2021: an einem ersten Aktionstag zeitgleich in Wien, Graz und Salzburg nahmen Frauen Platz im öffentlichen Raum, um ihre Anliegen unter die Menschen zu bringen – laut und aufsehenerregend mittels goldener Rettungsdecken, Symbol für die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Rettung aus der Care-Krise, an den Aktionsplätzen ausgelegten Steinen, „Steinen des Anstoßes“, auf die mit Stiften aktuelle Missstände, aber auch Lösungsansätze notiert sind. Am



Fotos zu diesem Text: Aktionstag in Wien, 29. Mai 2021 **FOTOS:** BETTINA FRENZEL

19. Juni folgte ein weiterer Aktionstag, diesmal auch mit einer Aktionsgruppe in Linz. Mit auf der Straße in Linz und Graz: Vertreter*innen von KAB Oberösterreich und der Steiermark.

Ziel von „Mehr für Care“ ist es, mit wiederkehrenden Aktionen an unterschiedlichen Orten in Österreich Präsenz in der Öffentlichkeit aufzubauen, mit Menschen ins Gespräch zu kommen und politisch wirksam zu werden. Gewünscht ist eine bereite Vernetzung. Ein „toolkit“ – abrufbar auf der homepage (www.mehr-fuer-care.at) – erleichtert es interessierten Gruppen und Einzelpersonen, jederzeit und überall in Österreich zum Thema aktiv zu werden, auch in Kooperation mit anderen Initiativen und deren Veranstaltungen.

Ebenfalls auf der homepage: Grundsätzliches zu den Inhalten der Initiative, eine Petition für ein „Feministisches Konjunkturpaket“ und dazu eine profunde Argumentation auf der Grundlage von Zahlen, Daten und Fakten, Statements von Unterstützer*innen, ein Pressespiegel, die Dokumentation bisheriger Aktionen, sowie Hinweise auf aktuelle Vorhaben – etwa das Engagement von „Mehr für Care“ anlässlich des „Tags der menschenwürdigen Arbeit“ am 7. Oktober.

Elisabeth Ohnemus

„Mehr für Care“ in Graz

Die KAB Steiermark war am ersten Aktionstag am 29. Mai mit unterwegs

Im Rahmen eines Stadtspazierganges in der Innenstadt begleiteten Martin Hochegger und Michaela Penz vom Vorstand der KAB die „Mehr für Care“-Aktionsgruppe Graz, vertreten durch Elke Edlinger, Lisa Uhl und Karin Schuster. Mit zwei großen Paketen wurden die Passant*innen auf die Themenschwerpunkte von „Mehr für Care“ aufmerksam gemacht. Daraus ergaben sich kurze und interessante Gespräche.

Michaela Penz



Martin Hochegger und Michaela Penz

FOTO: ELKE EDLINGER



Martin Hochegger, Karin Schuster, Lisa Uhl

FOTO: ELKE EDLINGER



„Mehr für Care“ in Linz

Die KAB OÖ war am zweiten Aktionstag am 19. Juni mit dabei

In Linz engagierte sich am 19. Juni, dem zweiten österreichweiten Aktionstag der Initiative „Mehr für Care“, eine Gruppe von Vernetzungspartner*innen, das "Frauen-Bündnis 8. März", und meldete eine Kundgebung am Martin Luther Platz an.



FOTOS: VIOLETTA WAKOLBINGER

Wir, die KAB & Betriebsseelsorge OÖ, sind Teil des Bündnisses und waren mit dabei. Wir teilten Flyer und Aufkleber an Passant*innen aus und suchten das Gespräch über die Bedeutung der Care-Arbeit und die Notwendigkeit einer besseren Ausstattung. Tagtäglich leisten Menschen, meist Frauen, bezahlte und unbezahlte Sorgearbeit. Diese Arbeit, diese Tätigkeiten sind das Fundament jedes Lebens und jeder Gesellschaft und gehören aufgewertet.

Elisabeth Zarzer

7. Oktober: Decent Work auch bei Care-Arbeit

Unter welchen Bedingungen Menschen ihren Lebensunterhalt verdienen, kann uns als Christ*innen nicht gleichgültig sein

Gerade bei prekärer Arbeit – schlecht bezahlt, unregelmäßig, unsicher, insgesamt misslich – schaut oft ja auch die Arbeitslosigkeit gleich ums Eck. Die englische Bezeichnung decent work meint das Gegenteil davon: eine anständige Arbeit, die den Menschen und ihren Bedürfnissen gerecht wird.



Seit Jahren schon nehmen wir von mensch & arbeit den 7. Oktober – Welttag für menschenwürdige Arbeit zum Anlass, um Berufsgruppen in den Blick zu nehmen, die es gerade besonders schwer haben. Heuer richten wir den Fokus auf die CARE-Arbeit. Nicht nur Kranken- und Altenpflege, auch z.B. Betreuung von Kindern und Begleitung beeinträchtigter Personen gehören dazu. Rund um den 7. Oktober besuchen wir daher Menschen an ihren Arbeitsplätzen in Altenheimen, Kindergärten oder Horten und drücken ihnen unsere Wertschätzung aus. Seit Ausbruch von Covid-19 arbeiten sie ja unter noch schwierigeren Bedingungen als zuvor. Arbeitsverdichtung, hohe Verantwortung bei wenig Mitsprache, niedrige Löhne und

Personalschlüssel bringen viele Care-Arbeiter*innen, meist Frauen, an den Rand ihrer Kräfte. Oft auch darüber hinaus in Krankheit und Berufsausstieg. Das ist umso bitterer, da viele ihren Beruf aus tiefer Überzeugung und im Bewusstsein der gesellschaftlichen Notwendigkeit gewählt haben. Österreichweit hat sich 2021 die Initiative „MEHR FÜR CARE!“ gebildet, um laut und deutlich für eine bessere finanzielle Ausstattung von Care-Arbeit einzutreten. Diesen Forderungen (siehe <https://mehr-fuer-care.at/>) schließen wir uns an, denn „Arbeit um jeden Preis“ ist gerade in systemrelevanten Bereichen kontraproduktiv: Muss dauerhaft unter prekären Bedingungen gearbeitet werden, ist die Drop-out-Rate hoch, werden Menschen verheizt und die Gefahr von Brüchen im Lebenslauf (inklusive Arbeitslosigkeit) ist hoch. Es ist daher notwendig, zusammen HALT zu sagen zu misslichen Verhältnissen in der Arbeitswelt! Das zeigen wir auch 2021 wieder mit unseren Karten, Aktionen und thematischen Gottesdiensten rund um den 7. Oktober.

Elisabeth Zarzer, KAB OÖ

MEHR DAZU UNTER:

www.dioezese-linz.at/site/menscharbeit/themen/gutearbeit/article/134066.html

Pflege in Würde verlangt Reform

KAB Steiermark fordert Ende der Ausbeutung von 24-Stunden-Kräften

Die KAB Steiermark setzt sich im Rahmen des Bedenkjahres „130 Jahre Sozialzyklika Rerum novarum“ schwerpunktmäßig mit dem Thema „Pflege in Würde“ und den Arbeitsbedingungen in pflegenden Berufen auseinander. Dabei ist es gelungen, einen umfangreichen und durchaus differenzierten Diskurs mit Betroffenen und Politiker*innen verschiedenster Ebenen und Parteien zu führen. Die aktuelle Bestandsaufnahme zeigte ganz klar auf, wie dringend notwendig eine umfangreiche Pflegereform ist. Diese Reform, immer wieder angekündigt und immer wieder verschoben, ist nun für den Herbst 2021 avisiert – so Sozialminister Mückstein in einer seiner letzten Aussendungen. „Wir von der KAB Steiermark lassen nicht locker und setzen die Auseinandersetzung mit einem wichtigen Teil der „Pflegerlandschaft“ fort – der 24-Stunden Betreuung“, erklärt **MARTIN HOCHEGGER** in seinem Beitrag.

Mit dem Jahr 2007 wurde eine bis dahin illegale Praxis von häuslicher Rund-um-die-Uhr-Betreuung durch vornehmlich osteuropäische Frauen gesetzlich geregelt und damit legalisiert. Seitdem leisten 24-Stunden-Betreuer*innen fernab von ihrer Heimat und Familie oft bis zu einem Monat oder mehr psychische und physische höchstanstrengende Arbeit, die sie oft an die Leistungsgrenzen bringt. Was für die meisten übrig bleibt: viel Verantwortung für wenig Lohn, Knebelverträge mit Vermittlungsagenturen und soziale Isolation aufgrund von Sprachbarrieren. Eine Erhebung des Vereins für Konsumenteninformation über die Geschäftspraktiken von Vermittlungsagenturen zeigte deutlich auf, dass immer noch viele Agenturen sehr intransparent und zum Nachteil der Kund*innen und Betreuer*innen agieren.

Unbestritten ist, dass sich die 24-Stunden-Betreuung neben der informellen Pflege, der Betreuung durch Angehörige, den mobilen und stationären Diensten, neben alternativen Wohnformen oder der Kurzzeitpflege als eine Säule im Pflegesystem etabliert hat. Aber die Praxis zeigt: Es gibt jede Menge Mängel in diesem System.

Zwar gibt es auch gute Agenturen in der 24-Stunden-Betreuung, die Qualität, Sicherheit und Nachvollziehbarkeit für ihre Kund*innen gewährleisten. Letztlich können sich diese guten Angebote aber nicht durchsetzen, so-

lange sich schlechte Geschäftspraktiken, mangelndes Interesse an Qualität und Dumpingpreise am Markt halten können.

Vielfach hat es den Anschein, dass manche Vermittlungsagenturen die Situation der Familien, aber auch der Betreuer*innen ausnützen. Die Familien werden oft von der neuen Pflegesituation überrascht und haben weder das Wissen noch die Zeit dafür, sich darüber klar zu werden, was Agenturen dürfen und was nicht. Auch die Betreu-

er*innen haben meist nicht die Sprachkenntnisse, um die komplexe rechtliche Dimension zu erkennen, in der sie sich im Beschäftigerland befinden. Viele wissen am Beginn ihrer Tätigkeit gar nicht, dass sie selbstständig erwerbstätig sind.

Als Einstieg in eine intensivere Beschäftigung wollen wir einen Text präsentieren, den eine Personenbetreuerin aus der Slowakei heuer bei einer Demonstration zum 8. März in Wien vorgetragen hat.

„Wir von der KAB Steiermark lassen nicht locker und setzen die Auseinandersetzung mit einem wichtigen Teil der „Pflegerlandschaft“ fort – der 24-Stunden Betreuung“, erklärt Martin Hochegger.

FOTO: PRIVAT



„Für gerechte Arbeitsbedingungen“

*Ich heiße Katarina und komme aus der Slowakei. Ich arbeite als 24h-Betreuerin und möchte heute für mich und meine Kolleg*innen sprechen, die zu dieser Demonstration gekommen sind, sowie auch für die, die nicht kommen konnten. Sie konnten nicht kommen, weil sie 24 Stunden am Tag für die von ihnen betreuten Personen zur Verfügung stehen müssen. 17 Uhr ist für sie eine ungünstige Zeit, weil sie nur maximal zwei Stunden am Tag ihre Pause in Anspruch nehmen dürfen, meistens wenn ihre Klient*innen einen Mittagsschlaf machen. Manche Menschen können dagegen einwenden und sich die Fragen stellen: Warte mal, arbeiten die (Betreuer*innen) denn nicht als Selbständige? JA, formal schon, aber in der Praxis schaut die ganze Situation anders aus!*

*Der Gesundheitszustand der Klient*innen ist für den Arbeitsablauf in der 24h-Betreuung ausschlaggebend. Die Betreuer*in kann ihre Arbeitszeit nicht frei einteilen, sondern muss sich den Bedürfnissen der betreuten Person anpassen. Letztendlich trägt sie die gesamte rechtliche Verantwortung für den Gesundheitszustand ihrer Klientin/ ihres Klienten. Sie kann nicht über ihren Arbeitsort frei entscheiden, denn sie lebt in einem Haushalt mit ihrem eigenen Auftraggeber, der betreuten Person, zusammen. Hier arbeitet sie in 24 stündiger Rufbereitschaft, in manchen Fällen ohne Nachtruhe.*

*Selbständig also? Die Vermittlungsagentur verhandelt die Arbeitsbedingungen der Betreuer*innen im vornhinein – sie bestimmt unseren Werkvertrag, unser Honorar, das ungefähr 2 bis 3 EURO pro Stunde ausmacht; sie sucht unsere Klientin/unseren Klienten aus, gibt die Transportbedingungen vor und beansprucht verschiedene Vollmachten von uns, die uns vollkommen entmachten, entmündigen und in manchen Fällen zu unseren Lasten gehen.*

*Die 24h-Betreuer*innen sind in die Scheinselbständigkeit gedrängt – das ist die Realität! Wir genießen keinen arbeitsrechtlichen Schutz! Wir haben keinen Anspruch auf kollektivvertragliche Entlohnung, Urlaubsgeld, Arbeitslosengeld, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall oder das 13. und 14. Monatsgehalt. Wir sind sozial sehr schwach abgesichert – nach 12 Jahren der Betreuungstätigkeit kriegt eine Betreuerin im Durchschnitt 100 EURO Pension pro Monat! Aus der langfristigen Perspektive droht uns damit Altersarmut!*

*24h-Betreuer*innen erhalten - ebenso wie andere Pflegekräfte - das System der Altenpflege aufrecht. Die Corona-Krise zeigte, dass wir vom System gebraucht werden, also systemrelevant sind. Denken wir an den drohenden Kollaps in der 24h-Betreuung während der ersten Pandemie-Welle. Was hat sich an den Arbeitsbedingungen in dieser Branche geändert? Schlicht und einfach nichts! Die strukturelle Benachteiligung hat nach wie vor Fortbestand. Es sind 13 Jahre seit der Legalisierung der 24-Stunden-Betreuung vergangen und die Werklöhne der Betreuer*innen bei einem allmählich steigenden Lebensniveau sinken!*

13 Jahre seit der Legalisierung, und es gibt noch immer keinen arbeitsrechtlichen Schutz und keine klare Abgrenzung zwischen der 24h-Betreuung und der Pflege!

*13 Jahre seit der Legalisierung, und es fehlt noch immer eine effektive Kontrolle der Tätigkeit von Vermittlungsagenturen sowie Anlaufstellen für Betreuer*innen, wenn sie mit Gewalt am Arbeitsplatz oder Ausbeutung konfrontiert sind.*

*Das jetzige Gewerbemodell ist für die 24h-Betreuer*innen sehr ungünstig! Anstatt der Scheinselbständigkeit fordern wir gerechte Arbeitsbedingungen für Betreuer*innen – in Form eines staatlich organisierten Anstellungsmodelles!*

KAB Graz-Gösting feiert 40-Jahr-Jubiläum

Mit einem Festgottesdienst, zelebriert von Konsistorialrat Alois Strohmaier, dem langjährigen geistlichen Assistenten der KAB-Steiermark, feierte die KAB-Runde Graz Gösting am 1. Mai ihr 40-jähriges Bestehen.

In ihrer Festrede sagte die Vorsitzende Margret Pittner unter anderem: „Uns verbinden unsere Erfahrungen aus Arbeit und Beruf und unser Einsatz für eine menschenwürdige Gemeinschaft. Unser Bestreben ist es, Menschen in der Arbeitswelt die Botschaft Jesu Christi zu vermitteln und so zu einer Veränderung der Welt beizutragen. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt Benachteiligten und Schwachen. Nach wie vor haben Sehen, Urteilen und Handeln und der Grundsatz der KAB „Wir stellen den Menschen in die Mitte“ für uns ihre Gültigkeit. Wir stehen nun zwar nicht mehr alle mitten im Leben, sondern bereits im letzten Quartal, aber so lange wir können, wollen wir weiter als KAB-Runde mitten in unserer Welt stehen, sie beobachten, beurteilen und handeln, so gut wir können.“

Im Rahmen der Feier wurde Frau Inge Gleixner, die jahrzehntelang die Finanzen der Runde mit Umsicht und Sorgfalt verwaltete, vom Diözesanvorsitzenden Martin Hochegger mit dem goldenen KAB-Abzeichen geehrt.

Margret Pittner

INFO:

Dieser Text spricht die wesentlichsten Problemstellungen an. Es ist Zeit zum Handeln.

Der Arbeitskreis „Pflege und Care“ der KAB Steiermark hat seine Diskussionsreihe über „Pflege in Würde“ unter dem Fokus der 24-Stunden Betreuung im September fortgesetzt, Betroffene und Interessensvertreter*innen, Sprecher*innen von Agenturen und der Handelskammer zu einem offenen Diskurs eingeladen, um mögliche Verbesserungen und Reformen auszuloten.

PS:

In eigener Sache: Ein großer und wichtiger Teil der Mitglieder der KAB-Steiermark ist 70 Jahre oder älter und möglicherweise früher oder später ebenfalls von der Notwendigkeit würdevoller Pflege im häuslichen Umfeld betroffen. Das ist mit ein Grund, warum uns diese Auseinandersetzung wichtig ist.

Es gibt nichts Gutes, außer man tut es

Anna Steiner ist neue theologische Begleiterin der KAB Steiermark

ANNA STEINER, Referentin der Caritas-Auslandshilfe Graz, ist seit kurzem theologische Begleiterin der KAB Steiermark. Was sie dazu bewegt hat, diese Aufgabe zu übernehmen, wie sie sie versteht und ausfüllen möchte, beschreibt sie in diesem Selbstportrait.

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ Vielleicht steht dieser Spruch in Ihrem Stammbuch aus Kindheitstagen. Vor kurzem habe ich ihn wiederentdeckt und gewählt als „Motto“ für meine Tätigkeit als Theologische Begleiterin der KAB Steiermark.

Seit sechs Jahren arbeite ich als Referentin der Caritas-Auslandshilfe in Graz und bin in Ländern wie Bulgarien, Rumänien oder Bosnien-Herzegowina tätig. Der überwiegende Teil meiner Arbeit gilt der Umsetzung von Hilfsprojekten, gemeinsam mit unseren Projektpartner*innen vor Ort. Dabei begleite ich Mitarbeiter*innen von Caritas oder anderen Hilfsorganisationen, die viel zitierte „Hilfe zur Selbsthilfe“ umzusetzen für Menschen, denen es an Nahrung, Bildung oder Pflege fehlt und für Menschen auf der Flucht. Meine Arbeit erfüllt mich mit dem Gefühl, einer sinnvollen Tätigkeit nachgehen zu dürfen, und dafür bin ich aufrichtig dankbar.

Hin und wieder kommt es vor, dass ich auch als Caritas-Mitarbeiterin nach meinem theologischen Verständnis ge-

fragt werde. Ich sei katholisch sozialisiert, erkläre ich dann, aus einem Elternhaus im Oberen Mölltal kommend, wo Gebete den Alltag strukturieren und es bis heute als „Christ*innenpflicht“ angesehen wird, Kranke zu besuchen und Menschen zu unterstützen, die als „bedürftig“ gelten.

Werde ich als Theologin nach meinem inhaltlichen Fachgebiet gefragt, denke ich bei der Antwort meist an den jüdischen Philosophen Emmanuel Lévinas (1906 – 1995), dessen Menschenbild mich fasziniert. Lévinas zufolge trägt nämlich jedes menschliche Gegenüber das Göttliche bereits in sich. Gott bleibt uns zwar verborgen – doch wir können seine Spur wahrnehmen im anderen Menschen. Dafür müssen wir unser Gegenüber, unsere*n Nächste*n vorerst nur anschauen und wahrnehmen, wie er oder sie uns erscheint: als Suchende*r, als Einsame*r oder Verzweifelte*r, genauso wie als Zufriedene*r, Selbstbewusste*r oder Glückselige*r. Von Emmanuel Lévinas ist es nur mehr ein kleiner Sprung zum belgischen Arbeiterpriester Joseph Cardijn (1882 – 1967) und

dessen Trias vom „Sehen – Urteilen – Handeln“. In jedem Menschen zuerst das Göttliche wahrnehmen und gemäß seiner Bedürfnisse, die sich offenbaren, handeln.

Jede*r von uns will schöpferisch tätig sein, davon bin ich überzeugt. Wir alle möchten uns verwirklichen können, wollen schaffen oder gar Dinge „erschaffen“, uns einordnen in einen größeren, gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang und wissen, wo wir im Leben stehen. Was allen Menschen gemeinsam ist: Jede*r von uns will ein Leben führen können in Würde. Dass es dafür oft nur ein kleines Schraubchen braucht, ein winziges Zahnrädchen, das nachgestellt werden muss, erlebe ich oft bei Kindern in den Caritas-Projekten, die ich in Osteuropa koordiniere. Damit aus Schulkindern Erwachsene werden, die später für sich und die Familie sorgen können, reicht oft schon ein Platz zum Hausaufgabenmachen oder jemand, der unterstützt und an sein Gegenüber glaubt. Und in diesem Sinne verstehe ich auch Erich Kästners Spruch, der fast banal klingt, ohne den letztendlich aber keine Veränderung hin zum Besseren stattfinden kann. „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“

Ich freue mich auf die gemeinsame Zeit bei der KAB!

Anna Steiner, im Bild mit Menschen auf der Flucht und Vertreterinnen von Hilfsorganisationen in den Wäldern Bosnien-Herzegowinas im Februar 2021

FOTO: CARITAS BETTINA RIHA-FINK



Den Armen die Frohe Botschaft bringen

Gedenkfeier für Bischof Weber in Graz-Andritz

„Den Armen die Frohe Botschaft bringen“ lautete der Wahlspruch des vor einem Jahr verstorbenen Bischofs Johann Weber. In einem Vorabend-Gottesdienst zum Dreifaltigkeits-Sonntag an Webers Geburtsort Graz-Andritz wurde des Bischofs in besonderer Weise gedacht. Auf Einladung von Pfarre und KAB Steiermark trafen sich Pfarrangehörige und ehemalige KAJ- und KAB-Engagierte zu einer Liturgie-Feier, bei der die Würdigung des Bischofs im Zentrum stand. Musikalisch wurde der Vorabend-Gottesdienst von Andreas Gjecaj begleitet. Ein Bericht von **JOHANNES LABNER**.

Dieses „bei den Leuten-Sein“ bliebe unvergessen und habe ihm – so der steirische Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer in seinem Grußwort – beim Volk den Ehrentitel „Volksbischof der Herzen“ eingebracht. Auch der Grazer Altbürgermeister Alfred Stingl berichtete von zahlreichen Begegnungen mit dem steirischen Oberhirten, bei denen das Verhältnis der Arbeiterschaft zu Kirche und Religion thematisiert wurde. An die von Bischof Weber initiierten Dialog-Veranstaltungen im Miteinander von Kirche, Gesellschaft und Sozial-Einrichtungen erinnerte KA-Generalsekretärin Anna Hollwöger, die heute dem Ordinariats-Ressort „Seelsorge und Gesellschaft“ vorsteht. Von der Lebens-Prägung durch den Geist Josef Cardijns berichtete Ingrid Staubmann, die als 15-Jährige seinerzeit Johann Weber noch als KAJ-Seelsorger kennen und schätzen lernte. Dankbar und ergriffen vom menschlich-vornehmen Umgang Bischof Webers mit den Schwestern der Kongregation der „Dienerinnen Christi“ in Andritz-Ulrichsbrunn zeigte sich auch Oberin Sr. Brigita Pavic. Bei den „Dienerinnen Christi“ hat Bischof Weber seine letzten Jahre verbracht: „In seiner Gegenwart konnte man sich wohl fühlen, fühlte man sich angenommen – wir sind überzeugt, dass er uns vom Himmel aus beschützt“, so die Ordensfrau in ihrem Bericht über die letzten irdischen Jahre, die der 2001 emeritierte Bischof im Altersheim der Ordensgemeinschaft verbrachte. Schon in seiner Predigt hatte



Der steirische Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer bei der Gedenkfeier von Bischof Johann Weber. **FOTO: JOHANNES LABNER**

KonsR Alois Strohmaier als Geistlicher Assistent der Katholischen Arbeitnehmer*innen-Bewegung Steiermark auf die in Webers Amtszeit organisierten Veranstaltungen hingewiesen, die dem Miteinander, der Überwindung von Gegnerschaften, dem Dialog, der Geschwisterlichkeit dienen. Es sei Erbe und Auftrag dieses Bischofs, auch heute das Verbindende, das Gemeinsame auf den verschiedenen Ebenen zu betonen und „zusammenzuführen“. Für das Miteinander auf der Ebene der KAB dankte auch der langjährige KABÖ-Bundesseelesorger Fritz Krull, der den Gottesdienstbesuchern auch die Grüße der KABÖ-Vorsitzenden Anna Wall-Strasser überbrachte. Die hohe Wertschätzung für Bischof Johann Weber, sowie die Anerkennung Arbeit der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich, die heuer ihr 70-jähriges Bestandsjubiläum feiert, kam auch in einem Grußwort von Altbischof Maximilian Aichern (OSB) zum Ausdruck, das der langjährige KAB-Diözesan-

vorsitzende Johannes Labner der versammelten Gottesdienst-Gemeinde in Auszügen vortrug (s. S. 16/17 in diesem Heft).



„In seiner Gegenwart konnte man sich wohl fühlen, fühlte man sich angenommen,“ Sr. Oberin Brigita Pavic, Kongregation der Dienerinnen Christi in Andritz-Ulrichsbrunn

FOTO: DIÖZESE GRAZ-SECKAU

Es geht doch immer um die Menschenwürde

Blick zurück von Bischof Aichern auf „70 Jahre KABÖ“ und das Wirken von Bischof Weber

Mit einem Grußwort beim Gottesdienst der KAB Steiermark am 29. Mai 2021 in der Pfarrkirche Graz-Andritz (s. S. 15) würdigte Altbischof **MAXIMILIAN AICHERN** OSB (Linz – St. Lambrecht) das Wirken der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich, die heuer ihr 70-jähriges Bestehen feiert, ebenso wie das des ehemaligen Grazer Bischofs Johann Weber, der im Vorjahr verstorben ist. Das Grußwort des Bischofs hier im Wortlaut.

Liebe Schwestern! Liebe Brüder! Mit einem frohen und dankbaren Herzen schreibe ich Euch diese Zeilen, denn KAJ und KAB waren für mich persönlich ein Leben lang Beheimatung und Wegbegleiter. Sie waren aber auch wesentliche Impulsgeber und Mitgestalter in unserer Heimat Österreich und in der Kirche unseres Landes. Wir können das 70-Jahr-Jubiläum der KAB jetzt wegen der Corona-Pandemie nicht gebührend feiern, höchstens eben im kleinen Kreis und hoffentlich bald bei einem großen Treffen. Persönlich danke ich Euch steirischen KABlerinnen und KABlern, dass Ihr heute in der Pfarrkirche Graz-Andritz diesen Gedenkgottesdienst feiert. Ich grüße alle, die

diesen Gottesdienst mitfeiern. Gerne wäre ich unter anderen Zeitumständen dabei gewesen, denn ich erinnere mich, dass ich als Abt von St. Lambrecht 1977 ungefähr 80 Jugendli-

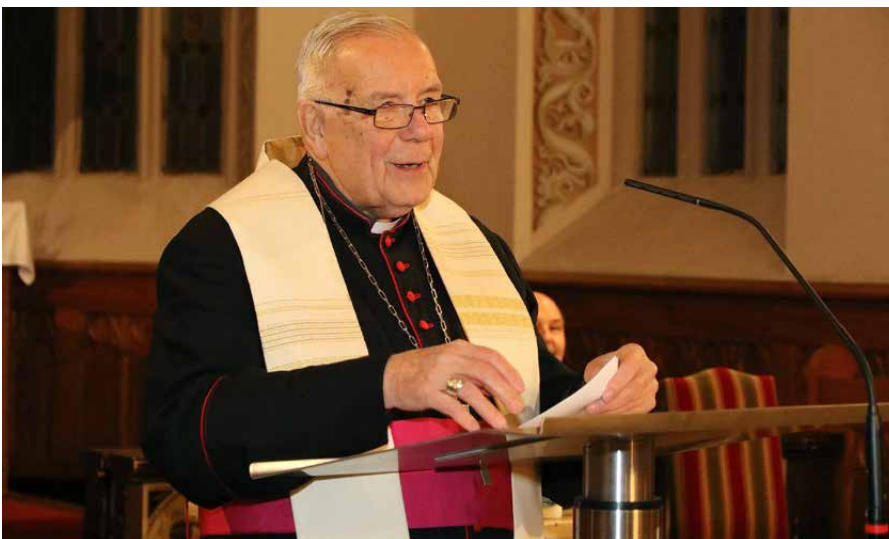
chischen Bischofskonferenz langjähriger Referatsbischof für Soziales und die Katholische Aktion Österreichs mit einigen ihrer Gliederungen wie die KABÖ. Ich kann feststellen, dass in der

„VERGESST DAS ZIEL NICHT, VERLASST DEN WEG NICHT UND VERLIERT DEN MUT NIE!“ Rusch/Zeininger/Aichern

che in der Pfarrkirche Andritz gefirmt habe, über Einladung von Pfarrer Helmsberger und dem Firmhelfer, Religionslehrer Straßegger, der einst bei uns im Dekanat Murau seelsorglich hervorragend gewirkt hat. Als Bischof von Linz war ich dann in der Österrei-

KABÖ vieles in den letzten 7 Jahrzehnten geschehen ist – in den Gruppen und Pfarren, in den Betrieben und in der Gewerkschaft. Wir konnten beitragen, dass die Welt der Arbeit und Wirtschaft ein Stück menschlicher ist, dass die Würde der arbeitenden Menschen mehr gesehen, dass die Solidarität bei uns und weltweit gewachsen ist. Wir haben aber auch beigetragen, dass die Kirche ihre Aufgabe in diesen Bereichen verstärkt wahrnimmt.

Wir danken Gott und den vielen Aktivistinnen und Aktivisten, dass uns die christliche Arbeitnehmer*innenbewegung geschenkt wurde. Wir erinnern uns an viele Weggefährtinnen und Weggefährten, die bereits in der Gemeinschaft Gottes sind. Man könnte eine lange Liste aufzählen, angefangen von Cardijn und P. Zeininger, von Bischof Rusch und Bischof Weber mit seinem tiefen, frohmachenden Glauben und seiner zeitgemäßen menschennahen Spiritualität, von Leo-



Altbischof Maximilian Aichern: „Bleibt weiterhin im Geist der Zusammenarbeit und Solidarität Kirche in der Arbeitswelt und ein wesentliches Stück Arbeitswelt in der Kirche.“ FOTO: DIÖZESE LINZ



Altbischof Maximilian Aichern:
„Das 70-Jahr-Jubiläum ist ein Zeichen,
dass die KAB auch heute lebendig ist.“

FOTO: DIÖZESE LINZ

pold Summerauer, Josef Steurer, Maria Madlener und viele, viele andere. Ich denke an die lebendigen Arbeitsgespräche, Delegiertentage und Veranstaltungen in Wien, in den Bundesländern, in europäischen Städten wie Rom und Brüssel. Ich denke an die Besuche von Papst Johannes Paul II. bei uns in Österreich und an unsere Besuche bei ihm in Rom, ich denke an unsere zahlreichen und doch oft erfolgreichen Gespräche mit unseren politischen Parteien, mit unseren Sozialpartnern, in so manchen Wirtschaftsbetrieben und weiteren Gesellschaftsbereichen zu wichtigen und gewichtigen Themen unserer Lebens- und Arbeitsbereiche. Ich bin dankbar für den erfolgreichen Brückenschlag

„ES IST FÜR UNS AUCH HEUTE EINE SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT, DASS GLAUBE UND SOZIALPOLITISCHER EINSATZ ENG ZUSAMMENGEHÖREN.“ Altbischof Maximilian Aichern

zwischen Arbeitswelt und Kirche, zu dem auch Kardinal König viel beigetragen hat, dankbar besonders auch für die Anregung und kräftige Mitarbeit der KAB bei der Basisdiskussion

zum Sozialhirtenbrief der österreichischen Bischöfe 1990 anlässlich 100 Jahre der ersten päpstlichen Sozialenzyklika „Rerum Novarum“ (1891) und 10 Jahre später bei der Basisdiskussion für unser österreichisches Ökumenisches Sozialwort.

Das 70-Jahr-Jubiläum ist ein Zeichen, dass die KAB auch heute lebendig ist. Es ist für uns auch heute eine Selbstverständlichkeit, dass Glaube und sozialpolitischer Einsatz eng zusammengehören. Es geht doch immer um den Menschen und seine Würde, um Arbeitsplatzbeschaffung, Erhaltung des gemeinsamen arbeitsfreien Sonntags, um die so nötige bedarfsorientierte Mindestsicherung, ständig auch um die Sozialverträglichkeits- und Umweltverträglichkeitsprüfungen bei den Gesetzen, es geht ja auch immer um den Aufbau einer solidarischen Gesellschaft bei uns, in der EU, in Europa und in weltweiter Sicht, es geht um eine Globalisierung der Herzen, nicht nur der Wirtschaft, und der Kommunikation.

Nun denke ich dankbar auch an Bischof Weber...

... wir kannten uns schon in den 50er und 60er-Jahren. Als er dann in der schwierigen 1968er-Zeit Bischof in der Steiermark wurde, hat er sehr eindrucksvoll der Frohbotschaft, dem Evangelium Jesu, ein Gesicht gegeben. Er wurde zu einem angesehenen Menschen und Gesprächspartner. Er musste und konnte mit Progressi-

ven und Konservativen umgehen, er kannte von seiner bisherigen Tätigkeit in Arbeiterpfarren und bei der KAJ die Lebenssituationen unserer Leute und der Flüchtlinge, er ist immer für

die Menschenwürde und das Miteinander eingetreten, er hat in diesem Dienst keine Müdigkeit gekannt. Er hat manches im kirchlichen Bereich gewagt und trat insgesamt immer für eine Kultur der Achtsamkeit ein, weil nur sie zum Frieden und Erfolg führt. Er war im Grunde seines Herzens ein heiterer Mensch. Dies alles haben wir durch Jahrzehnte hindurch bei der Zusammenarbeit mit ihm erfahren, besonders auch beim großen internationalen Ökumene-Treffen in Graz, beim Dialog für Österreich, bei der Wallfahrt der Vielfalt und beim Mitteleuropäischen Katholikentag. Auch in der Pension blieb er mit uns allen verbunden und schenkte uns immer wieder seine Gedankengänge und sein Wort. Ein Jahr ist es nun her, seit Gott ihn heimgerufen hat. Bei seiner Begräbnisfeier im Grazer Dom waren wegen der Pandemie nur wenige Leute anwesend. Aber danken wir alle immer wieder Gott, dass wir ihn gehabt haben. Ich danke ihm, dass er auch für uns in den Bereichen der KAÖ, besonders der KABÖ, aber auch in unserer Österreichischen Bischofskonferenz immer da war. Auch in dieser Stunde jetzt dürfen wir alle rufen: Bischof Weber, wir danken Dir!

Liebe Schwestern und Brüder von der KAB und darüber hinaus!

Bleibt weiterhin im Geist der Zusammenarbeit und Solidarität Kirche in der Arbeitswelt sowie ein wesentliches Stück Arbeitswelt in der Kirche. Ich werde mit meinem Interesse und meinem Gebet Euren Weg weiterhin begleiten und bitte auch Euch, den Kontakt nicht abreißen zu lassen. Ich danke als Altbischof Euch in der KABÖ und bitte Gott, er möge Eure Arbeit weiterhin segnen und begleiten.

Mit unvergessenen Worten, die seinerzeit Bischof Rusch und P. Zeininger uns KAJlern mehrmals zugerufen haben, möchte ich schließen: „Vergesst das Ziel nicht, verlasst den Weg nicht und verliert den Mut nie!“

Die soziale Frage heute und wem sie zu stellen ist

Fragen und Perspektiven des Politikwissenschaftlers Helmut Gaisbauer

Im Mai 2021 hat die Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung in Kooperation mit ksoe (Katholische Sozialakademie Österreichs) und FCG (Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im ÖGB) ihr „Aktionsjahr 130 Jahre Katholische Soziallehre“ mit einer Tagung zum Thema „Die soziale Frage heute“ gestartet. Für diese Ausgabe von ZeitZeichen hat der Politikwissenschaftler **HELMUT GAISBAUER** die Grundlinien seines Tagungsbeitrags nachgezeichnet. Seine Analyse bewegt sich entlang von Fragen, die zugleich Perspektiven für notwendiges künftiges Handeln politisch Verantwortlicher eröffnen. Ein Beitrag zum Aktionsjahr und zum Schwerpunkt dieser Ausgabe von „ZeitZeichen“.

Wir hätten eine gute Ausgangsposition: wir leben in einem Land mit einer Wirtschaftsleistung, die weltweit nur noch von zehn anderen Ländern übertroffen wird; im geschätzten rechnerischen Pro-Kopf-Vermögen im Land liegen fünfzehn Länder vor, knapp 150 Länder hinter uns. Und doch haben 14 Prozent der österreichischen Bevölkerung, das sind mehr als 1,2 Millionen Menschen, (nach den EU-SILC-Zahlen 2020) mit einer finanziellen Belastung zu kämpfen, die sie als armutsgefährdet ausweist. Das kann bedeuten, dass die reale Gefahr besteht, die (mitunter steigenden) Wohnkosten nicht mehr begleichen zu können und um sie bangen zu müssen – mit offenem Ausgang, wie weit die Spirale aus Armut und Not nach unten führt. Das kann auch bedeuten, dass notwendige medizinische Behandlungen abgebrochen werden müssen, weil der Selbstbehalt, die regelmäßigen Fahrtkosten oder die Kosten für Heilbedarf nicht leistbar sind. Und es kann auch bedeuten, dass Kinder mit ihren Eltern in feuchten, engen Wohnungen aufwachsen müssen, in der Schule nicht mithalten können, weil Unterstützungsmöglichkeiten und Netzwerke fehlen und deutlich eingeschränkte Möglichkeiten haben, ihre Freizeit zu gestalten und sich in sportlichen oder kreativen Feldern auszuprobieren. Es schockiert, dass

fast ein Viertel der Armutsgefährdeten (23 %) Kinder oder Jugendliche sind, das entspricht etwa 350.000 Personen. Von in Ein-Eltern-Haushalten lebenden Kindern sind fast die Hälfte armuts- oder ausgrenzungsgefährdet (45 %); Kinder mit mindestens zwei Geschwistern zu einem Drittel (32 %).



ILLUSTRATION: ANNA EGGER

Die soziale Frage von heute

Die soziale Frage von heute lautet: Wie ist es möglich, dass in einer Gesellschaft, die sich als solidarisch versteht und ausreichend prosperiert, ein Drittel aller Kinder, die mit zwei oder mehr Geschwistern aufwachsen, gleichsam von Beginn an in ein Leben starten muss, das von Entbehrung und Verzicht geprägt ist? In ein Leben unter permanentem finanziellem Druck, ei-

ner deutlich erhöhten Wahrscheinlichkeit, chronisch krank zu werden, dafür mit deutlich schlechteren Bildungs- und Entwicklungschancen?

Die soziale Frage von heute lautet auch: Welchem/r politisch Verantwortlichen ist es ein ehrliches und prioritäres Anliegen, die schlichtweg unerträgliche Situation, dass knapp jedes fünfte Kind in Österreich gemeinsam mit seiner Familie in einer Armutssituation stecken muss, die dem Kind wesentliche Chancen auf ein gutes Leben in Gesundheit und Wohlergehen vorenthält, zu verbessern? Sie lautet demnach schlicht auch: Wem brennt diese endemische Ungerechtigkeit derart unter den Nägeln, dass er/sie bereit wäre, auch gegen Widerstände dagegen vorzugehen? Wer ist bereit, sich einem möglicherweise um sich greifenden sozialpolitischen Zynismus ein Stück weit zu entziehen und sich empathisch den Sorgen und Nöten der von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen anzunehmen – und entsprechend sein/ihr politisches Handeln danach auszurichten, diesem mitverantwortenden Missstand ein Ende zu setzen? Wer ist bereit, vom ‚Gift‘ einer populistischen Verdrehung der Tatsachen zu lassen wie davon, mit einer unwürdigen Mobilisierung von niedrigen Emotionen auf Stimmenfang zu gehen und statt den so angesprochenen Menschen Sand in die Augen zu streuen, in einer anständigen

und verantwortlichen Art und Weise wieder mehr Solidarität in den Sozialstaat zu tragen?

Das „Ringens um die rechten Ordnungen“: Ein fortdauerndes Projekt

Ein Wort Joseph Ratzingers als Papst Benedikt XVI. in Spe Salvi zufolge ist „[d]as Ringen um die rechten Ordnungen der menschlichen Dinge [...] jeder Generation auferlegt; es ist nie einfach zu Ende gebracht. Jede Generation muss freilich auch das Ihrige tun, dass sie überzeugende Ordnungen der Freiheit und des Guten einrichtet, die der nächsten Generation als Wegweisung zum rechten Gebrauch der menschlichen Freiheit helfen und insofern aller menschlichen Beschränkung eine gewisse Gewähr auch für die Zukunft geben.“

Kann eine gesellschaftliche Situation, in der derzeit 14 % der Menschen über so knappe Mittel verfügt, dass sie kaum in die Lage kommen, ein gutes Leben zu führen, als überzeugende Ordnung der Freiheit und des Guten gelten? Wohl kaum. In welche Zukunft weist die Entwicklung? Die Zahlen zeigen: (1) im Wesentlichen das Bild von 2019, weil die Erhebung zwar bereits während des 1. Lockdowns im Frühjahr 2020 stattfand, sich aber auf das Finanzjahr 2019 bezog; (2) bereits auf Basis dieser Zahlen eine Tendenz der Ausweitung von Armutsgefährdung gegenüber dem Vorjahr; diese Tendenz hat sich durch die Pandemie mit Sicherheit deutlich verstärkt; (3) einen beeindruckenden und seit Jahrzehnten anhaltenden Anstieg der Vermögenswerte (weltweit, für Europa, für Österreich). All diese Entwicklungen werden durch die wirtschafts- und sozialpolitischen Verantwortungsträger*innen gesteuert und verantwortet. Stehen wir mit unseren politischen Entscheidungen in einer überzeugenden Ordnung der Freiheit und des Guten, die der nächsten Generation als Wegweisung dienen

kann, wenn die Schere zwischen Vermögenden und Nicht-Vermögenden sich permanent so ausweitet, dass derzeit ein Viertel der Kinder und Jugendlichen in diesem Land vermeidbar um einen wesentlichen Teil ihrer Chancen auf ein gutes Leben gebracht wird – Tendenz steigend, Gegenmaßnahmen nicht in Sicht? Wohl kaum!

Wo bleibt das schlechte Gewissen der handelnden politisch Verantwortlichen?

Die soziale Frage von heute ist für mich so zu stellen: Wo bleibt das schlechte Gewissen der handelnden politisch Verantwortlichen? Wo bleiben der Mut und der Anstand, die Dinge beim Namen zu nennen und praktischen Lösungen den Weg zu bereiten? Wo bleibt der Impetus, dieser schreienden Ungerechtigkeit entgegenzutreten und vermeintlich „unpopuläre“ Schritte als die richtigen und notwendigen Schritte in Richtung einer solidarischeren, gerechteren, besseren Gesellschaft zu vertreten und der eigenen Vorbildrolle und Verantwortung gerecht zu werden?

Die Pandemie hat viele Menschen zusätzlich unter Druck gebracht. Dazu hat kurz zuvor der amtierende Bundeskanzler mit seinen politischen Weggefährten eine von allen Seiten der Zivilgesellschaft bereits in der Vorbereitungsphase als deutlicher Rückschnitt, als Beschneidung und teils unglaubliche Verschlechterung eingeschätzten (Wieder-)Einführung der Sozialhilfe anstelle der deutlich angemesseneren bedarfsorientierten Mindestsicherung auf den Weg gebracht. Nun kumulieren beide Prozesse – 30 % der armutsgefährdeten Personen berichteten bei EU-SILC von einem verringerten Haushaltseinkommen in der Pandemie (dies traf zusätzlich für 19 % von Nicht-Armutsbetroffenen zu.) Es steht zu befürchten, dass es die EU-SILC-Zahlen für 2021 in sich haben werden. Wir können uns auch schon das „Framing“ vorstellen – es wird in etwa so lauten:

„Wir sind Opfer der Pandemie geworden.“ Nichts könnte irreführender sein. Wir haben 2020 und 2021 als Gesellschaft so viel Steuergeld ausgegeben, wie noch nie. Bei wem kommt das Geld zur Krisenbewältigung an? Dieses ist der letzte Aspekt der sozialen Frage heute.

ZUR PERSON:

Helmut P. Gaisbauer ist Politikwissenschaftler. Er ist seit 2010 als Senior Scientist am Zentrum für Ethik und Armutsforschung der Universität Salzburg tätig.

Zwischen 2017 und 2021 stand er außerdem dem Internationalen Forschungszentrum für soziale und ethische Fragen in Salzburg als Präsident vor.



FOTO: ROBERT MAYBACH

Helmut Gaisbauer: „Stehen wir mit unseren politischen Entscheidungen in einer überzeugenden Ordnung der Freiheit und des Guten, die der nächsten Generation als Wegweisung dienen kann, wenn die Schere zwischen Vermögenden und Nicht-Vermögenden sich permanent so ausweitet, dass derzeit ein Viertel der Kinder und Jugendlichen in diesem Land vermeidbar um einen wesentlichen Teil ihrer Chancen auf ein gutes Leben gebracht wird – Tendenz steigend, Gegenmaßnahmen nicht in Sicht? Wohl kaum!“

Bloss Lehre oder befreiende Theologie?

Zur Frage der politischen Dimension der Katholischen Soziallehre

Das Verhältnis der Kirche zur Politik war nie einfach. Die katholische Soziallehre, deren 130 Jahre wir heuer gedenken, machte es nicht einfacher, war immer wieder Stachel, der gezähmt werden musste. Überlegungen von **KARL IMMERVOLL**.

Im 19. Jahrhundert war es das Elend der Arbeiterschaft in Europa, die nach jahrzehntelangem Druck Leo XIII. veranlasst, seine Enzyklika *Rerum novarum* zu schreiben. Zwar öffnete sich der Horizont der päpstlichen Lehrschreiben bis in die Zeit des Konzils auf die ganze Welt, die Sprache und die Methodik der Soziallehre blieb europäisch, sogar sehr von deutschsprachigen Theologen geprägt.

den Menschen das Gewissen bilden um zu handeln. Es ist nicht Aufgabe der Kirche in politische Vorgänge einzugreifen. Die Befreiungstheologie dagegen beschäftigt sich vielmehr damit, wie „Himmel – Reich Gottes“ konkrete Wirklichkeit werden kann.

Diesbezüglich wird Franziskus vorgeworfen, nicht in dieser Tradition zu stehen. Er schreibt zum Jubiläum keine Enzyklika, sei Gegner einer sozialen

für ihn ein Urteil zu wenig Konsequenz. Wir müssen wählen, uns entscheiden, wo wir stehen. Es geht nicht um bloße Gewissensbildung.

Dagegen Benedikt XVI. in *Deus Caritas est*: „Es hat sich gezeigt, dass der Aufbau gerechter Strukturen nicht unmittelbar Auftrag der Kirche ist, sondern der Ordnung der Politik — dem Bereich der selbstverantwortlichen Vernunft — zugehört. Die Kirche hat dabei eine mittelbare Aufgabe insofern, als ihr zukommt, zur Reinigung der Vernunft und zur Weckung der sittlichen Kräfte beizutragen, ...“

„AUCH DIE EINSTELLUNG DER NICHTEINMISCHUNG IST POLITISCH!!“

DIE KIRCHE MUSS SICH FRAGEN: IST SIE AN ÖFFENTLICHEN PLÄTZEN PRÄSENT UND AN DER SEITE DER ARMEN?“ **Karl Immervoll**

Den Weg der Öffnung ging auch das II. Vatikanische Konzil, doch die beschlossenen Texte waren vielfach nur Kompromisse. Der Frust einiger lateinamerikanischer Bischöfe wurde deutlich im Katakombenpakt, mit dem Verzicht auf alle Anzeichen von Macht und einer klaren Option für die Armen. Ihre Methodik war der von Joseph Cardijn übernommene Dreischritt: Sehen – Urteilen – Handeln. Es entwickelte sich die Befreiungstheologie, die von Joseph Ratzinger als Hüter der Glaubenskongregation und von Johannes Paul II. abgelehnt wurde. Es gab Maßnahmen gegen Theologen wie Gustavo Gutiérrez, Leonardo Boff und Ernesto Cardenal. Römische Meinung ist, Soziallehre soll

Marktwirtschaft, ungenau in der Analyse, bricht teilweise mit der bisherigen Terminologie, ... Aber: Da kommt ein Papst vom „anderen Ende“ der Welt und erzählt in einer allgemein verständlichen Sprache, was er sieht und erlebt. Er erzählt von Ausgegrenzten, von Flüchtlingen, von den Menschen in Elendsvierteln, davon, dass die Sorge um die Börsenkurse größer ist als um Obdachlose auf unseren Straßen. Franziskus zeigt auf, wie Lebensmittel vernichtet werden, während Millionen Menschen hungern. Er sagt klar: Diese Wirtschaft tötet! Und er fordert alle auf zu handeln, umzukehren! Aus Sehen – Urteilen – Handeln wird: Sehen – Wählen – Handeln. Offensichtlich hat

Auch diese Einstellung der Nichteinmischung ist politisch!! Die Kirche muss sich fragen: Ist sie an öffentlichen Plätzen präsent und an der Seite der Armen? Anders gefragt: Ist die soziale Botschaft der Kirche bloß eine Lehre, ein Appell an die Mächtigen? Oder ist sie eine befreiende Theologie?

ZUR ENTSTEHUNG VON RERUM NOVARUM SIEHE ZEITZEICHEN 2021-1

Der Katakombenpakt wird am 16. November 1965 in der Basilika der Heiligen Nereus und Achilleus über den Domitilla-Katakomben in Rom von einer Gruppe vor allem lateinamerikanischer Bischöfe unterzeichnet. Es ist eine Selbstverpflichtung zu einem einfachen Lebensstil und zum Dienst an den Armen.

Leserbrief

Die letzte Zusendung von KAB-Impuls/ZeitZeichen lässt mich an die hervorragende Ausgabe über 130 Jahre RN (Rerum novarum) und ein damit zusammenhängendes Anliegen denken, das mir schon länger durch den Kopf geht. Es war wenig über öffentliche Feiern und Veranstaltungen zu diesem Jubiläum zu hören. Wenn, dann nur im kleineren interessierten Kreis, so ich es richtig sehe. Schon gar nicht aber vonseiten der Bischofskonferenz oder einzelnen Diözesanbischöfen. Wenn eine Marienerscheinung „Jubiläum“ hat, dann wird sofort gefeiert. Aber eine Sozialzyklika? Ich habe unlängst über 130 Jahre RN und die Kath. Soziallehre gepredigt. Nicht wenige sagten mir, dass sie davon gar nichts wußten! Und so wird die Kirche der Lebenswelt immer mehr entfremdet. Wo ist für mein Leben der Mehrwert des Glaubens? Das ist doch die entscheidende Frage. Haben Sie Erfahrungen gemacht mit Vorschlägen an die Bischöfe im Hinblick auf öffentlich wirksame Feiern zu 130 Jahre RN und damit zusammenhängend über die Kath. Soziallehre?

Der gesellschaftsrelevante Zugang des Christentums lässt heute in der Verkündigung und im Handeln sehr zu wünschen übrig. Unsere katholische Kirche, besonders in der Erzdiözese Wien, setzt weitgehend ihren Schwerpunkt auf Spiritualisierung (im Gegensatz zu Spiritualität). Z.B. vorprogrammierte Marienerscheinungen im Stephansdom etc. Das tut ja nicht weh. Die Katholische Sozialakademie hat weh getan, darum wird sie nun auf Linie gebracht.

Mit freundlichen Grüßen

Ernst Schlaffer
Pfarrer em. Baden

Hingehen 2019–2021

Der Abschluss einer Ausbildung motiviert für neue Wege

Im Juni 2021 wurden in Linz feierlich die Zertifikate vom Ausbildungskurs für Seelsorge und christliches Engagement in der Arbeitswelt an die 14 Teilnehmer*innen übergeben.

Viele von den 10 Frauen und 4 Männern stehen am Beginn ihrer Arbeit in Betriebsseelsorge und KAB, sie wurden aus 5 Diözesen gesandt. Die anwesenden Diözesanvertreter*innen betonten bei der Abschlussfeier die Bedeutung von hingehender Pastoral in der Zukunft. Kirche muss dort sein, wo die Menschen leben und arbeiten. Dort wo sich die wesentlichen Themen des Lebens auftun, ist der Arbeitsplatz der künftigen Seelsorger*innen. Die Absolvent*innen berichteten eindrucksvoll von ihren Erfahrungen im Praktikum Arbeitswelt. Im Corona Jahr noch schwieriger als sonst zu vereinbaren ist es vielen Teilnehmer*innen gelungen in vorher unbekanntem Arbeitswelten neue Menschen, ihre Geschichten und die Umgebung in der sie arbeiten, kennen zu lernen. Im Lehrgang stand neben den wesentlichen Inhalten der Arbeitnehmer*innen-pastoral auch die Entwicklung des eigenen Profils im Vordergrund. Karl Immervoll und Cornelia Kienberger haben die Gruppe dabei begleitet. Wir wünschen allen für die Zukunft viel Freude, Kraft und Gottes Segen beim ihrem Tun.



„Kirche muß dort sein, wo die Menschen leben“: 14 Personen haben den Lehrgang „Hingehen“ abgeschlossen

FOTO: TEAM HINGEHEN

IMPRESSUM

Medieninhaberin (Verlegerin): Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6 **Herausgeberin:** Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 0664/6217198, kab.office@kaoe.at **Geschäftsführerin:** Mag.^a Gabriele Kienesberger **Chefredakteurin:** Mag.^a Elisabeth Ohnemus **Redaktionsteam:** Martin Hochegger, Mag.^a Gabriele Kienesberger, Mag.^a Anna Wall-Strasser **Verwaltung/Anzeigen:** Mag.^a Gabriele Kienesberger **Layout:** Karin Weiß, weisskarin@gmx.at **Lektorat:** Mag.^a Wilhelmine Deschberger **Hersteller und Expedit:** Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg **Bankverbindung:** Schelhammer & Schattera, BIC: BSSWATWW IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659 **Hinweis:** Interessiert an einer Anzeige in ZeitZeichen? **Informationen über Anzeigengrößen und Anzeigenpreise erhalten Sie im Büro der KABÖ.**

KAB-Wien DIÖZESANTAG 2021

Erneuerung des Teams mit projektorientierter Schwerpunktsetzung wird den Anforderungen an eine zeitgemäße KAB gerecht

Am 18.9.2021 konnte der Vorsitzende Philipp Kuhlmann endlich den, pandemiebedingt um ein Jahr verschobenen, KAB Diözesantag eröffnen und somit eine neue Periode einläuten. Der Generalsekretär der Katholischen Aktion Wien, Christoph Watz, wies in seinem Impulsreferat auf die Bedeutung des gesellschaftspolitischen Engagements der KA insgesamt und der KAB im Besonderen hin. „Wenn es um das Engagement für gute Arbeit, zivilgesellschaftliche Vernetzungen, gewerkschaftliche Kooperationen, konkrete Unterstützung von arbeitssuchenden Jugendlichen und den Einsatz für den arbeitsfreien Sonntag geht, so wird man bei der KAB fündig“, streute der KA Generalsekretär den Aktivistinnen und Aktivistinnen Rosen. Gemeinsame Grundlage aller KAB-Projekte ist die Verbreitung und Anwendung der Katholischen Soziallehre als Analysetool und Handlungsanleitung für ein gutes Leben für alle.

Als Ergebnis eines mehrjährigen Strategieprozesses wird die KAB noch stärker als bisher in folgenden Bereichen projektorientiert arbeiten:

HANDS ON MENTORING

Hands on bringt seit 6 Jahren Mentoringpaare zusammen, was heißt, dass lehrstellensuchende Jugendliche von Expert*innen aus der Arbeitswelt im Einzelcoaching bis zu einem Jahr begleitet werden. Dabei geht es sowohl um Unterstützung in der ganz konkreten Lehrstellensuche, als auch um Begleitung in der Persönlichkeitsentwicklung. Die Diplomsozialarbeiterin Eva Rosewich „matched“ die Paare und führt die Geschäfte von Hands on. In die KAB eingebunden zu sein stabilisiert das Projekt zusehends und macht aktuelle Herausforderungen junger Menschen in der KAB zum zentralen Thema, wie etwa Isolation in der Pandemie und die Folgen, Fluchterfahrung, Migrationshintergrund.

WAS ICH WIRKLICH WIRKLICH WILL - Lebens- und Berufsnavigation

Das bereits in einigen Diözesen etablierte Projekt Lebens- und Berufsnavigation gehört neu zu den zentralen Angeboten der KAB Wien. Unter der Leitung der Psychotherapeutin Katja Vlcek lädt die KAB zu einer vierteiligen Workshopreihe für Menschen, die auf der Suche sind nach Antworten wie sie

ihr (Berufs-)Leben in Zukunft gestalten wollen, wie sie ihren Tätigkeiten mehr Sinn geben können und (wieder) Freude an der Arbeit haben.

WOHNHÄUSER IN DER GÖLLNERGASSE

Mit den Wohnheimen Göllnergasse 2-4/1 und Göllnergasse 8 im 3. Wiener Gemeindebezirk bietet die KAB Wien, mit kriegsbedingter Unterbrechung, eigentlich seit 1871 Vereins- und Wohnräume an. Unter der bewährten Ge-

schaftsführung von James Petschinger und dem unermüdlichen Einsatz des Vereinsobmanns Hans Lechner wurden die Wohneinheiten seit 2007 general saniert. Die Gründungsidee, erschwingliches Wohnen für Arbeitnehmer*innen und Studierende, wurde in den letzten Jahren auf Wohnungsangebote für Familien erweitert.

ARBEITSFREIER SONNTAG

Maria Etl, die nach einer Funktionsperiode als Vorsitzende der KAB Deutsch-



Unter bewährter Leitung des wiedergewählten Vorsitzenden Philipp Kuhlmann und seiner Stellvertreterin Sonja Meißl, geht die KAB in die nächste Funktionsperiode (2021-2025). Karl Watz (links) aus dem Vikariat Süd und Rupert Schober (rechts), Vikariat Stadt, standen der Wahlkommission vor. FOTO: KAB



Eva Rosewich, Hands on Mentoring Geschäftsführerin, Psychotherapeutin Katja Vlcek leitet die Lebens- und Berufsnavigation, als Gast war die neue Koordinatorin der Allianz für den freien Sonntag Österreich Maria Etl dabei, James Petschinger ist bewährter Geschäftsführer der Wohnhäuser in der Göllnergasse und mit Sarah Macheiner der künftigen KAB Diözesansekretärin in der Nachfolge von Gabriele Kienesberger, kommen neue Kompetenzen ins Diözesansekretariat am Stephansplatz. Fröhliches Schaffen euch allen miteinander!

v.l.n.r.: Eva Rosewich, Katja Vlcek, Maria Etl, James Petschinger, Sarah Macheiner FOTO: KAB

lands nach Österreich zurückgekehrt ist, ist ab 1.10. die neue Koordinatorin der Allianz für den freien Sonntag Österreich. Die Wiener Sonntagsallianz, mit ihren Sprechern Philipp Kuhlmann und Christian Lindmeier, freut sich auf gute Zusammenarbeit. Philipp Kuhlmann, gewerkschaftlicher Sprecher, steht auf Österreichebene gemeinsam mit Bischof Wilhelm Krautwaschl der Sonntagsallianz vor.

KOORDINATION IN JUNGEN HÄNDEN

Sarah Macheiner folgt als neue KAB Diözesansekretärin Gabriele Kienesberger nach, die sich mit Jahresende in die Pension verabschiedet. Das neue Team mit der projektorientierten Schwerpunktsetzung stellt sich den Herausforderungen an eine zeitgemäße KAB.

PROFIL DER KAB WIEN, 2021

Wir bieten Orientierung, Mentoring, Unterstützung sowie Begleitung im Arbeitsleben und für Arbeits- und Lehrstellensuchende auf Augenhöhe. Wir bieten auch erschwingliche Wohnmöglichkeiten.

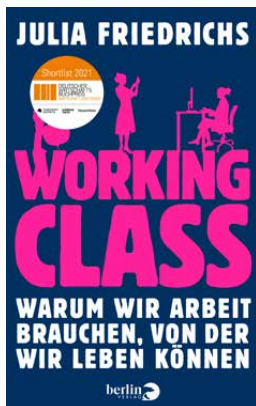
Wir orientieren uns an der Katholischen Soziallehre und sehen Gottes- und Nächstenliebe als gleichrangig an. Daraus entspringt unser Einsatz für gerechte Verteilung von Einkommen, Vermögen, Zeit, etc. und gute Arbeit für alle.

Wir arbeiten regional, national und international mit zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen zusammen und setzen auf demokratische Mitbestimmung in Ehrenamt und Arbeitswelt.

Vor uns liegt eine spannende Zeit

Als neue Diözesansekretärin möchte ich mich kurz vorstellen und meine Motivation für diese Arbeit mit Ihnen teilen. Mein Name ist Sarah-Maria Macheiner. Ich bin ausgebildete Sozialarbeiterin, mit Schwerpunkt im Bereich Kinder, Jugend und Familie. Meine Leidenschaft liegt in der weltkirchlichen Zusammenarbeit, wo ich auf ehrenamtlicher Basis aktiv bin. Mein Interesse für Menschenrechte bewog mich dazu, noch das Studium der Rechtswissenschaften zu beginnen. Daneben arbeitete ich in mehreren befristeten Jobs und bin nun glücklich bei der KAB andocken zu können. Ich identifiziere mich mit dem neuen Profil der KAB Wien und sehe das Potential und die Wichtigkeit in ihren Projekten und Forderungen. Daher freue ich mich besonders auf die spannende Zeit, die vor uns liegt.

BUCH-TIPP



Julia Friedrichs
Working Class.
Warum wir Arbeit brauchen,
von der wir leben können
Berlin Verlag 2021
EAN 978-3-8270-1426-9
320 Seiten
Preis: € 22,70



Walter Ötsch,
Nina Horaczek
Wir wollen unsere
Zukunft zurück.
Streitschrift für mehr
Phantasie in der Politik
Falter-Verlag, Wien, 2021
Preis: € 18,50

Die Generation nach den Babyboomern ist die erste nach dem Zweiten Weltkrieg, die ihre Eltern mehrheitlich nicht wirtschaftlich übertreffen wird. Obwohl die Wirtschaft ein Jahrzehnt lang wuchs, besitzt die Mehrheit in diesem Land kaum Kapital, kein Vermögen. Doch sich Wohlstand aus eigener Kraft zu erarbeiten ist schwieriger geworden, insbesondere für die, die heute unter 45 sind. Die Hälfte von ihnen fürchtet, im Alter arm zu sein. Was sind die Ursachen für diesen großen gesellschaftlichen Umbruch, wann fing es an?

Julia Friedrichs spricht mit Wissenschaftler*innen, Expert*innen und Politiker*innen. Vor allem aber begleitet sie Menschen, die dachten, dass Arbeit sie durchs Leben trägt, die reinigen, unterrichten, Tag für Tag ins Büro gehen und merken, dass es doch nicht reicht. Sie sind die ungehörte Hälfte des Landes. Dieses Buch erzählt ihre Geschichte.

Die Klimakrise wird nicht mit der gleichen politischen Tatkraft und Dringlichkeit angegangen wie aktuell die Corona-Pandemie. Konservative, sozialdemokratische und liberale Ansätze scheitern nicht nur an einer Lösung der mit dem Klimawandel verbundenen Probleme, sie verschärfen sie sogar weiter. Wir befinden uns in einer Krise der politischen Utopie und Vorstellungskraft. Walter Ötsch und Nina Horaczek beleuchten die Ursachen dieser Krise. Sie betonen die Bedeutung von konkreten Bildern für inspirierende Zukunftsvisionen und zeigen Auswege aus der Krise der politischen Imagination auf.

Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:

Bestellen Sie Ihr Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben

per Post:

senden Sie Name und Bezugsadresse an:
ZeitZeichen, KABÖ,
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

oder per E-Mail:

kab.office@kaoe.at

Österreichische Post AG
MZ 02Z031417 M
Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien